

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampfbroschüre
„Die kleine Angestellte“ des
Verlags „Die Angestellten“ hat
12 Hefen. Jedes Hefchen 10 Pf.
12 Hefen 1,20 M. (einschl. Porto)
10 Hefen 1,00 M. (einschl. Porto)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37 556. — Bankkontos: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Volksr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Namensraub in Südtirol.

Zwangweise Verwelschung!

Jansbrud, 26. September.

In „Dolomiten“ wurde ein Erlaß des Präfecten von Bozen über eine Rückführung von Familiennamen in die italienische Form veröffentlicht und eine Liste der mit A und B beginnenden Namen in italienischer Form kundgemacht. Darunter befinden sich z. B. alle Kuer, die in Ora umgebildet wurden, so auch ein gewisser Dr. Josef Kuer, Rechtsanwalt, der aus Böhmen stammt. Auf eigenes Ansuchen wurden die Namen von fünf Personen in italienischer Form gebracht, die übrigen 40 in der Liste kundgemachten Namen sind zwangsweise italienisiert worden.

Der Faschismus wendet hier ein Entnationalisierungsmittel an, das zuletzt der halbbarbarische Zarismus gebraucht hat, aber selbst der nicht in so roher Gewaltanwendung. Weder das königliche Preußen, das mit seiner Antipolenpolitik soviel Schuld an der Radepolitik des Polenstaates an den Pommereller Deutschen hat, noch irgendeiner der neuen Staaten, die das Minderheitenrecht dauernd verletzen, hat sich zu dieser brutalen Gemeinheit herabgewürdigt.

Hungerpeitsche gegen Heimatliebe.

Jansbrud, 26. September.

Die „Jansbr. Nachr.“ melden: Eine deutsche Angestellte der Eiswerke in Bozen, die schon seit zehn Jahren dem Unternehmen angehört, verbrachte ihren Urlaub in Jansbrud. Von dort aus schrieb sie einem Bureaukollegen eine Ansichtskarte, die außer der Unterschrift nichts als die Worte enthielt: „Herzliche Grüße aus dem Heimatländ.“ Als das Fräulein vom Urlaub zurückkam, wurde sie sofort zum Präfecten der Geseftschafft nach

Meran gerufen, wo ihr eröffnet wurde, daß sie wegen der Ansichtskarte ohne Rücksicht auf ihre bereits zehn Jahre dauernde Aufenthaltung striflos entlassen sei.

Der Geburtenrückgang in Italien.

Rom, 26. September.

Die Morgenblätter veröffentlichen einen Artikel des Ministerpräsidenten Mussolini über die Gefahr des Geburtenrückgangs für die europäischen Nationen. Mussolini, der von Ruffini Oswald Spenglers ausgeht, schreibt über den Geburtenrückgang in den nord- und den mittellitalienischen Städten: Die Bevölkerung Italiens nimmt zwar zu, aber ausschließlich in den ländlichen Bezirken. „Demütigend“, dagegen ist es z. B. das Geburten- und Sterberesultat der Großstadt Bologna zu prüfen, in dem fast immer die Zahl der Geborenen durch die Zahl der Toten um das Doppelte übertroffen wird. In der Bologna zunächst gelegenen Großstadt Ferrara ist in den letzten vier Jahren der Geburtenüberschuss um 50 Proz. zurückgegangen. Ähnliche Zustände herrschen in Parma, Mantua, Cremona und Modena. In Florenz und in vielen Städten Toscanas ist der Zuwachs der Bevölkerung durch die Geburten gleich Null. In Genua betrug in den letzten vier Monaten dieses Jahres die Zahl der Geburten 2095, die Zahl der Todesfälle 3338. In Turin ist die Bevölkerung regelmäßig seit fünf Jahren zurückgegangen. In Mailand ist dieselbe Tendenz zu bemerken, wenn auch dort in der allerletzten Zeit ein kleiner Anstieg zur Besserung erfolgt ist. Mussolini weist auf die gewaltige Vermehrung der schwarzen und gelben Rasse hin und ermahnt die Faschisten, im Interesse des Vaterlandes dem Geburtenrückgang Einhalt zu tun.

Negative Genfer Bilanz.

Nichts erreicht für die Minderheiten, nichts für die Abrüstung

In der dritten Plenarsitzung der IX. Genfer Völkerverversammlung hat der Vertreter von Venedig eine beantragt, man möge im nächsten Jahre den zehnten Gründungstag des Völkerverbundes besonders feierlich begehen. Dieser Vorschlag ist aber sehr schnell irgendwo verschwunden. Er wurde, wie man hierzulande in solchen Fällen sagt, „als Material überwiesen“. Wenn die Venezolaner keine weiteren Sorgen haben, dann sind sie zu beneiden. Aber die Europäer haben nun einmal andere Sorgen, die ihnen der Weltkrieg hinterlassen hat. Und ihre Delegierten durften am Schluß gerade dieser Völkerverversammlung empfinden haben, daß es nicht sehr angebracht wäre, in besonderen Feierlichkeiten die Ruhmestaten des Völkerverbundes im verstrichenen Jahrzehnt zu besingen. Denn, ohne das bisher in Genf, namentlich auf humanitärem, wirtschaftlichem und zuweilen sogar auf politischem Gebiete Vollbrachte zu verkleinern, muß doch festgestellt werden: die Leistungen, die die Menschheit vom Völkerverbund erwartet, zu deren Erfüllung der Völkerverbund eigentlich gegründet wurde, stehen noch a u s.

Zieht man die Bilanz der am Mittwoch geschlossenen IX. Völkerverversammlung, so muß man leider feststellen, daß sie sehr dürftig ausfällt. Dabei müssen die Räumungsverhandlungen von vornherein und grundsätzlich ausgeschlossen werden. Denn sie hängen mit den Arbeiten des Völkerverbundes nur soweit zusammen, als die verantwortlichen Staatsmänner nun einmal gleichzeitig in derselben Stadt weilten, aber sie hätten ebenso gut anderswo beginnen können und sie werden vermutlich anderswo fortgeführt werden. Dagegen gehören zwei Fragen unbedingt zum Thema Völkerverbund: Abrüstung und Schutz der Minderheiten. Diese beiden Probleme sind im Völkerverbundsstatut ausdrücklich als Aufgaben des Völkerverbundes verzeichnet und sie sind im Laufe der letzten Jahre zu Kardinalfragen der Völkerverbundspolitik geworden.

Das Problem der Minderheiten verdankt seine Aufregung nicht zuletzt den Minderheiten selber, die angesichts der jahrelangen Passivität des Völkerverbundes und vor allem der wachsenden Unterdrückungs- und Assimilierungspolitik reaktionärer Regierungen zu einer Art Selbsthilfe gezwungen haben: Sie halten nicht nur eigene Kongresse ab, zum Teil in Genf selbst und unmittelbar vor der Völkerverbundsversammlung, sondern sie haben es darüber hinaus verstanden, die nationalen Völkerverbundgesellschaften und sogar einige Regierungen für die Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Ziele zu gewinnen. Es war die holländische Delegation, die als erste einen Vorstoß zugunsten der Minderheiten unternahm und die Forderung der Schaffung einer Ständigen Minderheitenkommission im Völkerverbundssekretariat (nach dem Muster der Ständigen Mandatskommission) erhob. Die Vertreter der Schweiz, Deutschlands und Oesterreichs haben in der Generaldebatte diese Anregung befürwortet. Der Vorstoß ist aber einstweilen völlig gescheitert.

Er mußte scheitern, weil das geschriebene Recht — in diesem Falle das Unrecht der Friedensverträge — auf Seiten derer steht, die kein Interesse an einem wirksamen internationalen Schutz der Minderheiten haben. Es war charakteristisch, wie nacheinander Polen und die Tschechoslowakei, von ihrem militärischen Bundesgenossen Frankreich wirksam unterstützt, aufmarschierten, um mit juristischen Argumenten zu beweisen, daß die Schaffung einer Ständigen Minderheitenkommission unstatthaft sei. In der Tat, das Völkerverbundsstatut sieht nichts dergleichen vor; und überdies haben die Friedensverträge zweierlei Minderheitenrecht geschaffen. Sie gingen von der Heuchelei aus, daß die bereits bestehenden Staaten von lauter politischen Engeln regiert seien und immer regiert werden würden. Die neuen Staaten dagegen, die dem Sieg der Entente ihr Entstehen verdanken, die wollte man gewissermaßen unter Kuratel stellen, weil man ihnen um so weniger traute, als die in ihnen vorherrschenden Nationen selber als Minderheiten unter den Hohenzollern, Habsburgern und Romanows Drangsalierungen erduldet hatten und die Versuchung, Rache zu üben, nur allzu nahe lag. So hat man den Minderheiten in Polen, in den baltischen Staaten, in der Tschechoslowakei einen gewissen Schutz angeeignet lassen, der übrigens in der Praxis sehr ungleichmäßig ausgeübt wird, während z. B. die Minderheiten in Italien vogelfrei wurden.

Und nun stellen sich die Herren Zaleski und Duffly hin und erklären: „Schutz der Minderheiten? Ständige Minderheitenkommission? Wo steht das geschrieben? Aber wir wollen großmütig sein und dennoch einwilligen — jedoch nur unter der Voraussetzung der Gleichheit aller Staaten, die ja eine der Grundbedingungen des Völkerverbundes ist.“ Damit war die Angelegenheit erledigt; denn jeder wußte, daß zumindest das faschistische Italien und neuerdings sogar Frankreich wegen der eltsässischen Autono-

Abschluß mit Verstimmung.

Polen gegen die deutschen Minderheitenschulen in Oberschlesien. — Kanada als Helfer Deutschlands.

Genf, 26. September. (Eigenbericht.)

Der Völkerverbund trat am Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der alle von der Vollversammlung angenommenen und den Rat betreffenden Entschlüsse erledigt wurden. Die Versammlung ging mit einem

groben Mißklang

aus, den das Verhalten des polnischen Vertreters zu dem letzten Punkt der Tagesordnung, einer ober-schlesischen Minderheitsbeschwerde, hervorrief.

Der Deutsche Völkerverbund klagt seit Monaten über die Schließung von 16 Minderheitenschulen. Diese Klage wurde an den Völkerverbund gekeltet, weil der Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, sich bis zum November in Urlaub befindet und die Schulen schon mit dem neuen Schuljahre Anfang September hätten wieder eröffnet werden müssen. Als Berichtsersteller über die Petition war der Vertreter Japans, Utschi, bestimmt worden. Der Japaner forderte die Vertagung der Frage mit der an sich richtigen Begründung, daß er keine Zeit gehabt habe, die Auswertung der polnischen Regierung zur Beschwerde, die erst am 21. September in seinen Besitz gelangt ist durchzuführen. Der ständige Vertreter Polens in Genf, Sokal, begünstigte die in einer heftigen Rede gegen den Deutschen Völkerverbund mit einer freudigen Zustimmung zur Vertagung. Auch Staatssekretär v. Schubert erkannte an, daß die sachliche Erledigung der Frage im Augenblick schwer möglich sei, er erinnerte aber gleichzeitig daran, daß die Kinder bei einer Vertagung bis zum Dezember gezwungen seien, Unterricht in den polnischen Schulen zu nehmen. Würden die deutschen Minderheitenschulen dann wieder geöffnet, so wären sie noch einmal umzuschicken, was nicht nur die ganze Erziehung der Kinder gefährden, sondern für sie bittere und tragische Erlebnisse bedeuten würde. Der Rat solle daran denken, was es für die Kinder heiße, aus der Muttersprache herausgerissen und in eine Schule geschickt zu werden, deren Sprache und Unterrichtsengang ihnen vollkommen fremd sind. Schubert forderte darum, daß die Minderheitenschulen provisorisch wieder geöffnet werden und geöffnet bleiben, bis eine Entscheidung des Rats über die Angelegenheit gefällt sei.

Der Pole Sokal beschwerte sich in seiner Antwort darüber, daß der Völkerverbund so oft den Völkerverbund beistimme und namentlich die Petition künstlich konstruiert. Da erstand Deutschland ein unerwarteter Helfer in dem Vertreter Kanadas, dem Senator Dandurand, einem Angehörigen des französischen Volksteiles Kanadas. Er erklärte, mit großer Bewegung von dem deutschen

Vertreter das Schicksal der armen ober-schlesischen Kinder vernommen zu haben. In Kanada errichte man separate Schulen, wenn die Eltern von 10 Kindern es wünschten. Der Deutsche habe recht; wichtiger als die juristische Entscheidung sei das Schicksal der Kinder. Es wäre

unerhört und grausam, die Kinder aus ihrer gewohnten Schule heranzureißen.

Mit diesen warmen Worten schloß sich der Kanadier dem deutschen Vorklage nach der Eröffnung der Schulen an, das er seinerseits als Bitte an Polen formulierte. Der Widerstand Polens war aber nicht zu brechen. In einer viertelstündigen Unterbrechung der Sitzung gelangte man schließlich zu dem Kompromiß, zwar die Angelegenheit zu vertagen, aber den Präsidenten Calonder aufzufordern, sich unerbittlich mit der Angelegenheit zu beschäftigen und sich für die geregelte Weitererziehung der Kinder einzusetzen. Eine juristische Kommission, bestehend aus den Vertretern Japans und Finnlands, soll währenddessen bis zur nächsten Rats-tagung die juristische Seite der Angelegenheit prüfen.

Deutschland nahm diese Entscheidung an, wie v. Schubert ausführte, in der ganz bestimmten Erwartung, daß die endgültige Entscheidung mit größter Beschleunigung erfolge. Die Sitzung hätte damit, nicht befriedigend, aber auch nicht besonders verkehrend für Deutschland abschließen können, doch ließ sich der Pole das letzte Wort nicht nehmen. Mit unfähig höhnischer Betonung lehnte er den deutschen Anspruch, sich in die polnischen Schulverhältnisse zu mischen, prinzipiell ab. Es sei Sache der Polen, was sie mit den ober-schlesischen Kindern machten!

Regis neuer Präsident.

Calles bleibt in der Politik.

Mexico-City, 26. September. (Eigenbericht.)

Das Problem der Amtsnachfolge des Präsidenten Calles ist nunmehr gelöst. Das Bundesparlament wählte einstimmig Innenminister Portes bis zum provisorischen Präsidenten für die Amtsperiode Dezember 1928 bis Dezember 1930 und schreibt gleichzeitig die Neuwahlen für den verfassungsmäßigen Präsidenten im November 1929 vor. Der dann gewählte Präsident wird sein Amt im Februar 1930 antreten und bis Dezember 1934 auf seinem Posten verbleiben. Es wird die Bildung einer neuen „national-revolutionären“ Parteienkoalition einschließlich der Arbeiterpartei auf Initiative von Calles hin erwartet.

müssen auf keinen Fall ihre Zustimmung zu einem allgemeinen Minderheitenbeschutz geben würden.

Ist danach in den Kommissionen von den Minderheiten überhaupt nicht mehr die Rede gewesen, so nahm das Abrüstungsproblem einen umso größeren Raum ein und beherrschte fast völlig die letzten Tage der Völkerbundversammlung. Auch hier ist das Ergebnis negativ. Diese Tatsache ist umso beschämender, wenn man an die Friedensreden denkt, die fünf Wochen zuvor die Begleitmusik zu dem Pariser Manegeschaustück „Unterzeichnung des Kellogg-Paktes“ bildeten. Der Kriegsschuldenspaß war eine Geste, die nur dann Berechtigung gewinnen konnte, wenn hinsichtlich der Abrüstungskonsequenzen gezogen wurden. Diese Konsequenzen hat Herrmann Müller im Namen Deutschlands gefordert: Einberufung der Abrüstungskonferenz zur Erreichung einer ersten Etappe auf dem Wege zur vollständigen Abrüstung. Indessen stand Deutschland am Ende der Genfer Abrüstungsdebatte, abgesehen von der eher kompromittierenden als nützlichen Gesellschaft Ungarns, völlig isoliert da.

Wie ist dieses negative Ergebnis möglich gewesen? Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Selbst die aufrichtigsten Kämpfer für die Abrüstung — und damit meinen wir in erster Linie die neutralen, insbesondere die skandinavischen Länder — fürchten eine Abrüstungskonferenz, deren Erfolg nicht im Voraus verbürgt ist. Sie sind überzeugt, daß ein Scheitern der Abrüstungskonferenz das Signal zu einem neuen Wettstreit aller Staaten und damit der Ausgangspunkt zu einem neuen Weltkrieg werden würde. Es läßt sich nicht leugnen, daß in dieser Befürchtung ein starker Kern von Wahrheit steckt. Daß sie ehrlich empfunden wird, geht schon daraus hervor, daß die einwandfreiesten Friedensstärker wie der schwedische Sozialdemokrat Lindén und der norwegische Philanthrop Ransen die deutsche Forderung nicht unterstützt haben. Daneben gibt es aber unzweifelhaft auch Delegationen, die die Größe der Schwierigkeiten absichtlich übertreiben und womöglich neue Schwierigkeiten schaffen möchten, um die Abrüstungskonferenz hinauszuschieben.

Der stärkste Hemmschuh im Völkerbund ist unbestreitbar England. Unter der Führung des massiven Diehard Cuthendun trat diese Verschleppungstaktik noch deutlicher zutage als in früheren Jahren unter dem geschmeidigeren Chamberlain. Ursprünglich wollte Cuthendun nicht einmal einer baldigen Einberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission zustimmen, weil er eine solche Tagung für zwecklos hält, solange die Marinegegenseitigkeit zwischen England und Frankreich auf der einen und Amerika auf der anderen Seite nicht beigelegt sind. England hat schließlich seinen Einspruch gegen die relativ verbesserte Fassung der Resolution fallen gelassen, aber mit demonstrativer schlechter Laune zu verstehen gegeben, daß es sich von der Kommissionstagung einstweilen nichts Gutes verspricht.

Das Beschämende an der gegenwärtigen Lage ist nun, daß England die Logik auf seiner Seite hat. Solange es sich der Völkerbund gefallen läßt, daß einige Admirale an ihren technischen Formeln festhalten, als würde jedes Zugeständnis ihrerseits die sichere Vernichtung ihres Vaterlandes zur Folge haben, und damit die Einigung zwischen den Marine-Großmächten verhindern, solange wird es für die „Techniker“ ein Leichtes sein, jede Tagung der Vorbereitenden Kommission zu sabotieren und sogar die allgemeine Abrüstungskonferenz zu sprengen. Muß sich denn aber der Völkerbund diese Diktatur der Militärs und Marineure gefallen lassen? Muß er resigniert die Stunde abwarten, wo sich die Herrschaften geeinigt haben werden? Kann er nicht die Dinge beim rechten Namen nennen und die Schuldigen vor aller Welt brandmarken?

Nein, er kann es nicht, oder vielmehr: die kleinen Staaten, die die Mehrheit des Völkerbundes bilden, können es nicht wagen, die Großen zu erzürnen, weil sie alle mehr oder weniger abhängig sind. Nicht der Völkerbund als solcher trägt die Schuld an dem neuen Mißerfolg der Abrüstungsbemühungen, wohl aber die Regierungen, die ihn beschützen. Vor allem die Regierungen der großen Militär- und Marine-mächte, in erster Linie die konservative Regierung Englands. Von den Völkern selbst hängt es also ab, ob sie ewig unter der Last der Rüstungsmilliarden unter der ständigen Drohung des Krieges leben wollen. Vor allem trägt das englische Volk die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Abrüstungsfrage. Bald naht die Zeit, wo die britischen Frauen und Männer an die Wahlurnen treten werden. Von der Abgabe ihres Stimmzettels hängt die Zukunft nicht nur ihres eigenen Landes, sondern auch die Zukunft der Abrüstung, die Zukunft des Völkerbundes ab.

Volkspartei und Stahlhelm.

Besprechungen der volksparteilichen Stahlhelmabgeordneten

Zu den Mitteilungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“, daß auf der nächsten Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei das Verhältnis der Partei zum Stahlhelm einer Überprüfung unterzogen werden würde, glaubt der „Jungdeutsche“ berichten zu können, daß bereits Besprechungen von Abgeordneten der Volkspartei, die Stahlhelmmitglieder sind, unter Beteiligung des Fraktionsführers Dr. Scholz, der selbst dem Stahlhelm angehört, stattgefunden hätten. Man habe sich die Frage vorgelegt, ob es nicht an der Zeit sei, den Konflikt zwischen Stahlhelm und Deutscher Volkspartei dadurch zu lösen, daß die volksparteilichen Abgeordneten und Funktionäre aufgefordert werden, aus dem Stahlhelm auszuscheiden. Es sei anzunehmen, daß dem Zentralvorstand dieser Vorschlag auf Austritt aus dem Stahlhelm vorgelegt werden würde. An der Annahme sei kaum zu zweifeln.

Sozialdemokratischer Bürgermeister in Leipzig. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Schulze-Wechsungen mit 39 Stimmen zum 3. Bürgermeister. Die Kommunisten verzichteten in der Stichwahl auf ihren Kandidaten.

Zum nordamerikanischen Präsidentschaftsstampf hat der Gewerkschaftsbund offizielle Reueiraktivität beschlossen. Das bedeutet den Verzicht auf eine eigene Kandidatur.

Danziger Gehaltskürzung — verfassungswidrig. Das Oberverwaltungsgericht hat den § 34 der Besoldungsordnung und das Beamtenstellenkontingenzgesetz vom 30. März 1928, das eine gesetzliche Kürzung der Beamtengehälter für zulässig erklärt, als verfassungswidrig erklärt.

Schluß in Genf.

Rumäniens Auffassung von der Gerechtigkeit.

Genf, 26. September. (Eigenbericht.)

Die 9. Tagung der Völkerbundversammlung wurde am Mittwoch um 2 Uhr beendet. Antworten der Vertreter der Kleinen Entente auf die Rede des Grafen Apponyi füllten den ersten Teil der Sitzung aus. Es sprachen ein Vertreter Rumäniens und der Tschechoslowakei. Der Rumäne so hochfahrend wie nur ein Vertreter eines bewaffneten halbfaschistischen Staates dem besiegten entarteten halbfaschistischen Nachbarn antworten kann, der Tscheche mit großer Zurückhaltung und Wünschen zur Versöhnung, ohne allerdings auf die Anklage Ungarns näher einzugehen. Die rumänische Antwort gipfelte in den Worten: „Wozu soviel von einem Vorrang der internationalen Gerechtigkeit über die Politik reden. Das Ziel des Völkerbundes ist der Friede, der Friede um jeden Preis. Im internationalen Leben gilt wie im individuellen Leben als höchste Forderung die, zu leben. Die Akten der Justiz der verschiedenen Länder sind voll von Fällen, wo die

Justiz den gebieterischen Notwendigkeiten des Staatslebens weichen

mußte. Wie groß auch der Respekt vor dem internationalen Gerichtswesen sein mag, wenn ein Rechtspruch ein Feuer anzünden könnte und zum Blutergießen führen könnte, glaube ich, meine Herren, daß sich nicht ein einziger verantwortlicher Staatsmann finden dürfte, der nicht trotz Völkerbundspakt und trotz aller Rechtsgelehrten sagen würde: Zuerst der Friede.“

Als diese Auseinandersetzung beendet war und Norwegen und Belgien noch die Hoffnung ausgesprochen hatten, daß der entworfen allgemeine Schiedsvertrag bald den Beitritt vieler Staaten finden werde, wurde der Bericht der Sicherheitskommission nebst den Verträgen angenommen. Ungarn enthielt sich bei der Abstimmung über die Verträge auf Nichtangriff und gegenfällige Unterfertigung.

Der Budgetbericht entfiel ebenfalls einen letzten Streit. Indien erklärte, daß es gegen jede weitere Erhöhung des Budgets sei und es sich vorbehalte, bei weiteren Erhöhungen und damit Erhöhungen des indischen Beitrages zu den Völkerbundskosten das Budget zu verweigern. Der Indier wurde von dem Norweger Hambro unterstützt, der eine Sonderabstimmung über den Posten des neuen Divisionschefs im internationalen Arbeitsamt verlangte. Diese Sonderabstimmung ergab bei 35 abgegebenen Stimmen 11 Enthaltungen und 6 Stimmen gegen den neuen Posten. Im Rahmen dieser sechs — Indien, Norwegen, Liberia, Persien, Australien, Neuseeland —

erklärte Hambro, daß sie, um das Budget nicht zu gefährden, ihr Nein diesmal noch einmal lassen würden. Noch weniger verheißungsvoll für die Ausdehnung der Völkerbundsarbeiten klang die indische Behauptung, daß in Asien die Meinung herrsche, der Völkerbund diene der Förderung und Konsolidierung europäischer Interessen zuungunsten der anderen Kontinente und Rassen.

Die Tagesordnung war erschöpft. In seiner Schlussrede sprach Präsident Zable die Hoffnung aus, daß man gelernt habe, in Genf die Sprache der Toleranz und der internationalen Verbrüderung zu sprechen und jede Versammlung eine normale Etappe im Leben des Völkerbundes bedeuten werde.

Diese rumänische Theorie von der Gerechtigkeit, die vor dem Frieden zu weichen habe, ist bereits von Briand in seiner letzten Völkerbundsrede als Argument gegen einen verbesserten Schutz der Minderheiten und gegen den Anschluß entwickelt worden. Sie ist aber nicht nur moralisch anfechtbar, sondern auch sachlich falsch. Denn mit ihrer Hilfe läßt sich jedes Unrecht verewigen. Es genügt, daß der Staat, der von dem Unrecht der Friedensverträge Nutzen zieht, erklärt, er würde lieber Krieg führen, als in eine Revision dieses Unrechts einzuwilligen, damit sofort der ganze Völkerbund erklärt: Dann lieber Fortdauer des Unrechts, denn der Friede geht voran!

Diese Auffassung ist also eine Prämie für die Säbelkrasser, die mit Kriegsdrohungen jede noch so notwendige und noch so geringfügige Revision der Friedensverträge verhindern könnten. Sie widerspricht also dem Geist und dem Wortlaut des Völkerbundspaktes, der in seinem Artikel 19 die Revision unhaltbar gewordener Vertragsbestimmungen ausdrücklich vorsieht.

Außerdem ist diese Theorie sehr kurzfristig: denn man dient dem Frieden besser, wenn man mutig und unparteiisch die Mängel der Verträge bespricht und ihre Behebung mit friedlichen Mitteln versucht — dazu ist ja der Völkerbund da —, als wenn man die Klagen mit einem bequemen Hinweis auf den „Frieden um jeden Preis“ erstickt.

Uebrigens kann man dem rumänischen Vertreter nur dankbar dafür sein, daß er sich so zynisch zu der Theorie der Staatsräson in der Justiz bekannt hat. Man wußte zwar, daß gerade in Rumänien die schlimmsten Justizverbrechen auf politischem Gebiete im Interesse des Staates begangen werden. Aber es ist immerhin wertvoll, daß der offizielle Vertreter der rumänischen Regierung in Genf diese Zustände selbst bestätigt hat.

Wilhelm I. als Rechtsbeuger.

Eine deutschnationale Entdeckung.

Wir lesen in der alldeutsch-deutschnationalen „Deutschen Zeitung“:

Das Mecklenburgische Volksrecht hat sich für die Abschaffung der Todesstrafe für Mecklenburg-Schwerin ausgesprochen. Die derzeitige Regierung wird diesem Beschluß dadurch Rechnung tragen, daß sie keine Todesurteile mehr bestätigt.

Da die Todesstrafe im Reichsstrafgesetzbuch nach wie vor besteht, bedeutet dieser Beschluß der sozialistisch-demokratischen Regierung nichts weniger als eine schwere Rechtsbeugung.

Wir stehen fassungslos! Nicht einmal im Traume hätten wir für möglich gehalten, daß die „Deutsche Zeitung“ den Vorwurf der schweren Rechtsbeugung erheben würde — gegen Kaiser Wilhelm I.! Denn dieser war es, der einst, erschüttert durch die Vollstreckung eines Fehlurteils, sich viele Jahre seines Lebens hindurch standhaft geweigert hat, ein Todesurteil durch seine Unterschrift zu bestätigen!

Aber wir sind in der seltenen Lage, den Monarchen gegen das monarchistische Organ verteidigen zu können. Wenn Wilhelm I. von seinem verfassungsmäßigen Gnadenrecht Gebrauch machte, so war das damals ebensowenig „Rechtsbeugung“, wie es jetzt das gleiche Verhalten der mecklenburgischen Regierung ist. Zumal die Strafprozedur durch zwingende Vorschrift bei der Todesstrafe die Möglichkeit rechtzeitiger Ausübung des Gnadenrechtes nachdrücklich sichert!

Der Lehrer von Arensdorf.

Ein ungeeigneter Jugendzieher.

In einer kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde ausgeführt, der Lehrer Köster in Arensdorf sei in dem bekannten Arensdorfer Prozeß nach verschiedenen Schulangelegenheiten ausgefragt worden, die mit dem Prozeß nichts zu tun gehabt hätten. Es wurde behauptet, auf Grund einer „festen Zeitungshebe“ des sozialdemokratischen „Volkstraum“ in Frankfurt a. d. O. habe der Regierungspräsident in Frankfurt a. d. O. die Zulassung Kösters zur zweiten Lehrprüfung zurückgezogen. Die Anfragenden behaupteten, der politische Hintergrund der Angelegenheit sei klar ersichtlich, und das Staatsministerium wurde um Nachprüfung im Falle Köster gebeten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des preussischen Kultusministers mitteilt, ist der Fall Köster eingehend nachgeprüft worden. Die Nichtzulassung Kösters zur Wiederholung der zweiten Lehrprüfung ist sachlich begründet.

Das Land ohne Regierung.

In Thüringen wird weiter verhandelt.

Weimar, 26. September. (Eigenbericht.)

Der Präsident des Thüringischen Landtages hat am Mittwoch den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, den früheren schwarzburgischen Staatsminister Theodor Bauer, Sonderhauften, schriftlich ersucht, die Funktion des Unterhändlers für die Regierungsbildung zu übernehmen oder einen Abgeordneten seiner Fraktion dafür namhaft zu machen.

Die Volkspartei und die Wirtschaftspartei erklären, daß die bisherigen Verhandlungen an der Person des demokra-

tischen Unterhändlers Krüger gescheitert wären. Krüger habe sich selbst zum Minister an Deutsheusers Stelle vorgeschlagen und die Verhandlungen abgebrochen, als die anderen Gruppen gegen seine Person als Minister Widerspruch erhoben.

Unveränderte Wirtschaftslage.

Mitte September 576 500 Hauptunterstützte.

In der Zeit vom 1. bis 15. September hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nur unmerklich verändert. Sie stieg von rund 574 800 auf 576 500, d. i. um 2000 oder 0,4 Proz. Wie in den vorhergehenden vierzehn Tagen ist die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 6000 oder um 1,3 Proz. gestiegen ist. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger ist im Gegensatz hierzu um rund 4000 oder um 2,5 Proz. zurückgegangen. In der Reiseunterstützung ist in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in geringem Umfange gestiegen (von rund 80 200 auf 82 300, d. i. um 2100 oder um 2,7 Proz.). Die Steigerung betrug hier bei den Männern 2,9 Proz., bei den Frauen 1,3 Proz.

KPD: Korruption.

Der Hamburger Saustall. — Die Linkskommunisten enthüllen.

Die Korruptionsaffäre in der Hamburger KPD. Scheint mit dem Ausschluß mehrerer Kommunisten ihren Abschluß noch nicht gefunden zu haben. Das Reichsorgan des Lenin-Bundes, das den Korruptionsherd aufdeckt, setzt seinen Kampf fort und behauptet in seiner letzten Nummer, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Thälmann von den Unterschlagungen des Bezirkssekretärs Wittorf gewußt und sie absichtlich verheimlicht hat. Am 28. Mai soll eine Sitzung der Thälmann-Fraktion stattgefunden haben, in der die Unterschlagungen in allen Einzelheiten besprochen worden sind und darüber beraten wurde, wie die Korruptionsercheinungen verschwiegen werden können. Es ist dabei nach dem „Volkswillen“ auch die Möglichkeit der Dedung besprochen worden. Jedem Teilnehmer wurde strengste Schweigepflicht auferlegt. Wittorf amtierte auch nach dieser Sitzung als Volkssekretär des Bezirks Wassertrante weiter; er brachte es sogar fertig, in dieser Eigenschaft unbequeme oppositionelle Elemente auszuscheiden. Als dann deshalb die Anklagen gegen ihn schließlich immer lauter wurden, hat sich das Zentralkomitee der KPD. in Berlin endlich bequemen müssen, eine Untersuchung einzuleiten und die Abgeordneten Eberlein und Gohlke nach Hamburg geschickt. Sie haben — wie der „Volkswille“ versichert — geradezu einen Saustall vorgefunden. Thälmann hat trotzdem, und zwar noch einen Tag vor der entscheidenden Sitzung, versucht, Wittorf zu retten.

Das linkskommunistische Organ schließt seine Enthüllungen mit der Frage: „Was wird mit Thälmann geschehen?“

Massenverhaftungen von bulgarischen Kommunisten. Die Polizei stöberte am Sonntag in der ostbulgarischen Stadt Sliven eine geheime kommunistische Konferenz auf und verhaftete 40 Personen, die nach dem Staatschutzgesetz abgeurteilt werden. Insgesamt wurden in den letzten Wochen über 100 Kommunisten festgenommen.

Ein ägyptisch-afghanischer Freundschaftsvertrag wird nächstens in Kabul unterzeichnet.

Mehr Freizeit für Jugendliche!

Ein Schrift des ADGB. bei der Reichsregierung.

Der Vorstand des ADGB. hat sich mit einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister und den Reichsinnenminister gewandt, worin die Sicherung eines ausreichenden Urlaubs für Jugendliche im Arbeitsschutzgesetz mit besonderem Nachdruck gefordert wird.

Die deutschen Jugendverbände, die Wohlfahrtsorganisationen sowie die Fachvereine der Pädagogen, Hygieniker usw. haben sich die freigewerkschaftliche Forderung nach gesetzlicher Sicherung genügender Freizeit für die erwerbstätigen Jugendlichen zu eigen gemacht. Von den Vertretern früherer Reichsregierungen war wiederholt die Erfüllung dieser Forderung versprochen worden. Dabei wurde von den maßgebenden Stellen meistens auf das kommende Berufsausbildungsgesetz hingewiesen, daß bereits eine teilweise Erfüllung der Freizeitforderungen bringe.

Der Vorstand des ADGB. macht nun die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes keineswegs eine solche Erfüllung bringt.

Der Gesetzentwurf gebe den Jugendlichen keinerlei Anspruch auf Urlaub, sondern sehr lediglich vor, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen (Handwerks- und Handelskammern) „Anordnungen über Form und Inhalt der Lehrverträge, vor allem über das den Lehrlingen zu gewährenden Entgelt, über Urlaub und Ferien treffen“ können. Damit werde kein Urlaubsanspruch geschaffen. Es werde vielmehr auch die Möglichkeit der genannten Körperschaften, Urlaubsbestimmungen zu treffen, auf die Lehrlinge begrenzt; die ungeleiteten Jugendlichen würden überhaupt nicht betroffen. Im übrigen habe der Entwurf zum Berufsausbildungsgesetz wenig Aussicht auf baldige Verabschiedung.

Anderes liegen die Dinge beim Arbeitsschutzgesetz. Die Beratungen des Reichstages über das Arbeitsschutzgesetz stehen unmittelbar bevor. In seinem Abschnitt „Erhöhter Schutz für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer“ wird bereits ver sucht, durch Beschränkung der täglichen Arbeitszeit den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen — nach freigewerkschaftlicher Auffassung in ungenügender Maße — zu entsprechen. Gewährung einer längeren Freizeit am Wochenende — über die Sonntagsruhe hinaus — bringt der Entwurf nicht; ebensowenig geht er auf die Urlaubsforderungen ein. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher, daß unbeschadet der in der Begründung zum Arbeitsschutzgesetz angeführten Frage, ob der Urlaub für Jugendliche als öffentlich-rechtlicher Arbeitsschutz — wofür sich triftige Gründe ins Feld führen lassen — oder nur als zwingendes Vertragsrecht gestaltet werden soll.

bereits jetzt durch das Arbeitsschutzgesetz eine Zwischenlösung für die Jugendlichen

erfolgt. Er weist darauf hin, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat in seinem Gutachten zum Arbeitsschutzgesetz zum Ausdruck gebracht hat, daß sowohl der Frühurlaub vor Sonn- und Feiertagen als auch der Erholungsurlaub für Jugendliche diesen durch das Arbeitsschutzgesetz gewährt werden soll.

Während der letzten 10 Jahre sind, wie der Vorstand des ADGB. in seinem Schreiben hervorhebt, auf dem Gebiete der Urlaubsgewährung an erwerbstätige Jugendliche in erster Linie durch tarifliche Regelung, dann aber auch durch freiwillige Gewährung in wesentlichen Fortschritten erzielt worden, daß es jetzt an der Zeit und notwendig ist, in den noch rückständig gebliebenen Berufs- und Wirtschaftszweigen durch Gesetz gleiche Verhältnisse zu schaffen.

Amtsgerichtsrat Held.

Eine Zurechtweisung durch den Justizminister.

Vor einiger Zeit wurde im „Vorwärts“ mitgeteilt, daß der Amtsgerichtsrat Held in Bichtenberg als Einzelrichter einen Briefbeschererflatterer aus dem Gerichtssaal gewiesen habe mit der Begründung, er könne nicht objektiv berichten.

Wegen dieses Vorganges hat sich der Reichsverband der deutschen Presse (Bezirksverband Berlin) beschwerdeführend an den preussischen Justizminister gewandt. Dieser hat, wie uns die Justizpressestelle mitteilt, nach Anhörung des Amtsgerichtsrats sich dahin geäußert, die Annahme, der Richter habe den Berichtflatterer aus der Sitzung völlig ausgeschlossen, sei infolgedessen nicht zureichend, da er ihm anbelegte habe, im allgemeinen Zuhörerraum Platz zu nehmen.

Gleichwohl hat der Justizminister „erhebliche Bedenken“ gegen das festgestellte Vorgehen des Vorsitzenden erhoben, da dieser gegen den Berichtflatterer wegen der außerhalb der Sitzung erfolgten Angriffe Maßnahmen zur Anwendung gebracht habe, die lediglich der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung dienen sollen. Abgesehen davon sei auch das Vorgehen des Vorsitzenden geeignet gewesen, das erwünschte Vertrauensverhältnis zwischen Justiz und Presse zu beeinträchtigen. Zudem hätte Amtsgerichtsrat Held den Berichtflatterer vor der Verlesung aus dem vorderen Teil des Saales Gelegenheit zur Reue geben sollen. Es ist demgemäß im Auftrag des Herrn Justizministers gegen Amtsgerichtsrat Held das Erforderliche im Dienstaufsichtsweg veranlaßt worden.

Diese schnelle Erledigung ist zu begrüßen und es ist anzunehmen, daß sich die „Eröffnung im Dienstaufsichtsweg“ auch an anderen kleinen Gerichten auswirkt, wo bisher noch vielfach sehr „patriarchalische“ Verhältnisse vorhanden sind.

Carol will König sein.

Liberaler Versprechungen.

Bukarest, 26. September. (Eigenbericht.)

Am Dienstag wurde durch die Post in zehntausenden Exemplaren ein Manifest des Kronprinzen Carol „An das rumänische Volk!“ verteilt, beigefügt war eine Photographie des Kronprinzen mit dem Familiennamen seiner Unterfertigung und dem Titel „Bergrüßung des Sohns des Königs Ferdinand nicht!“. Das Manifest enthält ein politisches Programm, das Carol zu verwirklichen verspricht. Er fordert u. a. freie Neuwahlen, Aufhebung aller Wirtschaftsmonopole, Freiheit für das ausländische Kapital, Garantie einer freien parlamentarischen Opposition zur Sicherung eines demokratischen Regierungssystems usw. Es fällt auf, daß das Programm zahlreiche wirtschaftspolitische Forderungen enthält, die sich direkt gegen die liberale Partei richten. Das Manifest betont, daß Carol keineswegs gezwungen worden sei abzutreten. Er habe sich gefügt, da er hoffte, von seinem Vater bald wieder zurückgerufen zu werden. Inzwischen sei König Ferdinand gestorben und nunmehr müsse er durch den Willen des Volkes zurückkehren.

Stahlhelm-Rundgebung.



Der Zivilist Graf Westarp

gab sich Mühe, blieb aber

gegen die militärischen Schwertmänner wirkungslos.

Die Finanznot der Gemeinden.

Tagung und Beschlüsse des Preussischen Städtetages.

W. M. Breslau, 26. September. (Eigenbericht.)

Veruche der Deutsche Städtetag die gerade in den Großgemeinden immer schwieriger werdenden Fragen der Selbstverwaltung zu lösen, sah er in der Schaffung des dezentralisierten Einheitsstaates ein wesentliches Mittel, die hier auftretenden Fragen in einem für die deutschen Gemeinden günstigen Sinne zu lösen, so beschäftigte sich der Preussische Städtetag mit dem Zentralproblem der gemeindlichen Entwicklung, mit der Frage der Finanzierung der von den Gemeinden zu erfüllenden Aufgaben.

Professor Gerloff-Frankfurt a. M. behandelte in einem wundervoll klaren, von tiefer und umfassender Sachkenntnis getragenen Referat die schwebenden Fragen des Finanzausgleichs, der Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung in Reich, Ländern und Gemeinden. Er forschte nach den Ursachen des ständig wachsenden Geldbedarfs der Gemeinden, den er auf die Verminderung des Geldwertes, auf die Bevölkerungs Zunahme und den technischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zurückführte. Er schilderte die Verflechtung der öffentlichen Körperschaften untereinander und kam zu dem Schluß, daß an eine wesentliche Einschränkung der Tätigkeit der öffentlichen Hand nicht mehr gedacht werden könne. Zur Schaffung klarer Verhältnisse fordert er eine scharfe Abgrenzung der Aufgabengebiete zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Bei der Behandlung der einzelnen Steuerarten kennzeichnete der Referent mit treffenden Worten den geradezu tollen Zustand,

daß das faktisch unbeschränkte Zuschlagsrecht der Kirchengemeinden zur Einkommensteuer zu einer Gefahr für diese Steueract geworden ist.

Es gibt Kirchengemeinden, die bis zu 50 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erheben. Die Tatsache, daß in einer Stadt wie Breslau in einem Jahre 4500 Kirchenparzellen zu verzeichnen sind, sollte auch den Kirchenbehörden zu denken geben. Die Hauszinssteuer, die in ihrer jetzigen Form nur eine halbe Mäherregel ist, habe einen richtigen Grundgedanken. Es wäre ein Verbrechen, sie ohne weiteres preiszugeben. Man müßte sie (wie es die Sozialdemokratie fordert, D. Red.) auch auf landwirtschaftliche Wohngebäude ausdehnen. Es ist, so erklärte der Redner, außerordentlich bedauerlich, daß durch das Gesetz vom 9. April 1927 den Gemeinden das Recht auf Erhebung der Beitragssteuer genommen wurde.

Die Probleme des Finanzausgleichs sind so eng verquillt mit den Fragen der Selbstverwaltung, der Staatsverwaltung, den Fragen der politischen Freiheit oder obrigkeitlichen Ordnung unseres Lebens, daß es außerordentlich schwierig ist, hier einen wirklich gangbaren Weg zu finden, daß es ganz und gar unmöglich ist, den archimedischen Punkt anzugeben, an dem die Lösung dieser Probleme zu beginnen hätte.

Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer-Königsberg begründete die folgende, vom Vorstand des Preussischen Städtetages vorgelegte Entschliessung:

„Die Minderung des derzeitigen Reichsfinanzausgleichs unter Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse auch der Länder und der Gemeinden ist nach wie vor dringlichste Forderung. Auch die Voraussetzungen für den zurzeit geltenden innerpreussischen Finanzausgleich hätten sich im laufenden Etatsjahr erneut zu umgarnen der Gemeinden verschoben. Während das Land Preußen eine starke Entlastung durch Uebernahme der Kosten der Erwerbslosenfürsorge auf das Reich erfahren hat, sind die Gemeinden infolge der äußerst ungünstigen Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung in außerordentlichem Maße neu belastet worden.“

Die Jahresversammlung des Preussischen Städtetages erachtet es daher für dringend erforderlich, daß die preussische Staatsregierung und der Preussische Landtag die hieraus erforderlichen Folgerungen unverzüglich ziehen. Dabei werden besonders die zugunsten der Gemeinden sprechenden Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik zu berücksichtigen sein, die den ständig sinkenden Anteil der Gemeinden am Gesamtsteuereinkommen ergibt. Der innerpreussische Finanzausgleich, insbesondere die „relative Garantie“, haben sich als dringend abänderungsbedürftig erwiesen. Der Finanzausgleich ist mit der Abregerung eines einheitlichen Finanzausgleichs zu verbinden.“

Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer wies darauf hin, daß durch Uebernahme der Erwerbslosenfürsorge durch das Reich die Länder jährlich um 150 Millionen Mark entlastet sind, während die Gemeinden bei dieser Regelung leer ausgehen. Er bezeichnete es als einen unhaltbaren Zustand, daß das Reich die Gemeinden nicht beteiligt, wenn es gegenüber dem Etatsantrag eine Mehrerhebung an Steuern habe. Der Redner forderte den von der Sozialdemokratie grundsätzlich abgelehnten und beschränkten Steuerzuschlag durch die Gemeinden zur Einkommenssteuer. Er sah aber zur gleichen Zeit ein, daß diese Forderung im Augenblick nicht zu erfüllen ist, da die Einkommen bereits bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit besteuert werden. Er schlug ferner

eine Gruppierung der Städte nach der Höhe ihrer Einwohnerzahl vor und will den einzelnen Gruppen dann bestimmte Sätze aus der Reichseinkommensteuer zugebilligt wissen. Städte, deren Einkommen unter dem Durchschnitt ihrer Gruppe liegt, sollen dann einen bestimmten Ausgleichsbetrag erhalten. Er forderte weiter, daß die indirekten Steuern zur freien Verfügung der Gemeinden ständen.

Diese Begründung, der von der Versammlung gegen wenige Stimmen angenommenen Resolution zeigte, wie allgemein diese Entschliessung des Preussischen Städtetages ist: Sie ist eben nur ein Rahmen, der die verschiedenartigsten Auslegungen zuläßt.

Ein heiteres Zwischenstück lieferte wie auf dem Deutschen Städtetag auch auf dem Preussischen Städtetag die SPD., deren Redner diesmal der Berliner Stadtrat Menz war. Er legte der Versammlung gleich drei Entschliessungen vor, von denen die erste mit einer Anzahl von Forderungen zum Finanzausgleich durchsetzt ist, die die kommunistische Fraktion von der Sozialdemokratie entlehnt hatte, während die zweite Entschliessung sich mit dem Wohnungselend beschäftigte und die dritte mit dem unvermeidlichen Panzerkreuzer aufwartete: Der Preussische Städtetag sollte den Bau des Panzerkreuzers verhindern...

Der Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange wandte sich mit großer Schärfe gegen die

ungeheuerliche Benachteiligung Berlins bei der Verteilung der Erträge aus der Hauszinssteuer.

Berlin kann mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln jährlich nur 24 000 bis 26 000 Wohnungen bauen, während es einen jährlichen Zuzug von 34 000 Familien hat. Jährlich muß die Stadt Berlin 50 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer für den Bau von Wohnungen in anderen Gemeinden hergeben, während es seiner eigenen Wohnungsmot nicht Herr zu werden vermag.

Genosse Hirsch erklärte in seiner überaus sachlichen und ruhigen Art, daß die sozialdemokratische Fraktion des Städtetages die Entschliessungen der Kommunisten ablehnen würde. Die zum Teil berechtigten Forderungen verschwänden hinter einem Wust von Forderungen, die nur Sache der Parlamente sein könnten. Die Schwierigkeiten des Finanzausgleichs, so erklärte Genosse Hirsch weiter, beständen seit der Gründung des Reiches. Sie hängen zusammen mit unserer ganzen staatsrechtlichen Konstruktion. Sie sind durch Krieg und die Räte der Nachkriegszeit nur gesteigert worden. Eine Milderung ist erst möglich durch eine Hebung der wirtschaftlichen Lage und durch Verminderung der Reparationslasten, und wenn durch eine Verwaltungsreform eine Verbilligung der öffentlichen Verwaltung eingetreten ist.

Die Sozialdemokratie müßte an ihrer Forderung der Reichssteuerhoheit unbedingt festhalten.

Die Sozialdemokratie fordert weiter u. a. eine reichsgesetzliche Regelung der Realsteuern durch ein Rahmengesetz. Die Hauszinssteuer sollte auch auf ländliche und gewerbliche Gemeinden ausgedehnt werden. Die hierdurch freierwerdenden Mittel sollten von der öffentlichen Hand zum Wohnungsbau verwendet werden. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich ein unbedingtiger Gegner jedes Gemeindefiskusrechts. Besonders scharf aber wandte sich Genosse Hirsch gegen den Gedanken der Besteuerung des reichsteuerfreien Einkommens durch die Gemeinden.

Stadtkämmerer Falk-Rölln wandte sich ebenfalls sehr scharf gegen das Zuschlagsrecht der Gemeinden zur Reichseinkommensteuer. Ein solches Recht würde unerträglich sein und müßte Steuerdebatten in den Gemeindeparlamenten herbeiführen.

Nach einem Schlußwort des Referenten Professor Gerloff nahm die Versammlung die vom Vorstand vorgelegte Entschliessung an und erklärte sich damit einverstanden, daß die übrigen von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Anträge dem Vorstand überwiesen würden. Oberbürgermeister Dr. Böß schloß die Tagung mit einem nachmaligen Dank an die Stadt Breslau und einem Dank an die zum Städtetag Erschienenen.

Der Reichspräsident ist nach Abschluß seiner Schloßentente gestern nach Berlin zurückgekehrt.

Die „Rote Fahne“ ist für ganz Frankreich verboten worden.

Umsturz in Guatemala. Der Präsident der Republik und die Regierung haben die verfassungsmäßigen Garantien für die Dauer von sechs Monaten aufgehoben, was die Verhängung des Kriegsrechts in ganz Guatemala bedeutet. Als Grund wird die „schlechte Tätigkeit der Opposition“ angegeben, die als aufrührerisch angesehen wird.

Gedächtnisabkommen zwischen Danzig und Polen vom August wurde der Nordteil der Westerpilatte dem Hafenausschuß zur Ausnutzung für allgemeine Handelszwecke übergeben. Die Uebergabe des restlichen Teiles der Westerpilatte steht bevor.

Werbe-Wochen-Preise!!

Ausschank vom Faß! Kostproben gratis!

Erstklassiger Pfälzer Weißwein . . .	1/2 Fl. 0.95
spanischer Rotwein . . .	1/2 Fl. 0.95
Echter 1923 er Beaujolais-Burgund . . .	1/2 Fl. 1.25
1923 er weiß. süß. Bordeaux . . .	1/2 Fl. 1.45
Eierlikör, aus 15 Eiern pro Liter hergestellt . . .	Ltr. 3.55

Feinster Apfelwein, herb . . .	Ltr. 0.50
Feinster Apfelwein, süß, 13% . . .	Ltr. 0.75
Feinster Johannisbeerwein, süß, 13% . . .	Ltr. 0.95
Feinster Kirschwein, süß, 14% . . .	Ltr. 1.25
Feinster Erdbeerwein, süß, 14% . . .	Ltr. 1.45
Echter Tarragona, süß, 16% . . .	Ltr. 1.35
Echter Griechen-Süßwein, ca. 18% . . .	Ltr. 1.40
Echter Malaga, süß, 16% . . .	Ltr. 1.60
Echter Wermutwein, süß, ca. 18% . . .	Ltr. 1.85
Echter Sanato und Insel Samos, ca. 18% . . .	Ltr. 1.90
Echter Douro-Portwein, ca. 20% . . .	Ltr. 2.80
Echter Pepsilwein, für Kranke . . .	1/2 Ltr. 1.30

1 Liter enthält 1/2 Ltr. mehr als eine 1/2 Flasche.
 Echter Tafel-Aquavit, fuselfrei . . . Ltr. 2.95
 Echter Weinbrand Verschnitt 3*** . . . Ltr. 3.20
 Echter Deutscher Weinbrand 3*** . . . Ltr. 4.20
 Feinste Edel-Liköre bis 38% . . . Ltr. 4.45
 Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt 45% . . . Ltr. 4.45
 Teerum, Jamaika-Rum-Verschnitt 55% . . . Ltr. 5.20

Nach außerhalb von 25 Mark an franco Zusendung!
Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland.
Eduard Süsskind
 Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42
 Berlin, Müllerstr. 144 Steglitz, Schloßstr. 121
 Berlin, Chausseestr. 76 Spandau, Potsdamer Str. 23
 Berlin, Petersburger Str. 60 Pankow, Wollankstr. 98
 Berlin, Kopenstr. 87 Neukölln, Berliner Str. 13
 Berlin, Grünauer Str. 15 Moabit, Wilsnacker Str. 25
 Köpenicker Straße 121 Prenzlauer Allee 50
 Wilmersdorfer Str. 157 Martin-Luther-Straße 86
 Oberschöneweide, Wilhelmshofstraße 40
 Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Ecke Feuerstraße
 Kraken, Flaschen usw. werden geliefert

Theater des Westens
 8 1/2 Uhr
„Prinzchen“
 Jazz-Vaudeville
 von Rudolf Nelson
 Freitag 8 Uhr
Premiere
 Moskauer Jd. akad.
 Theater
„Touadec“
 Operette in 30 Bild.
 Reg.: A. Granowsky

Südmari-ballett
 Dir. Künstler-Th.
 8 1/2 Uhr
Fräulein Mama
 Operette von
 Hugo Hirsch
 Lessing-Theater
 8 1/2 Uhr
 Alb. Bassermann
Der große Bariton
 Sonn. bend 7 1/2 U.
Premiere:
 Alb. Bassermann,
 Luc. Mannheim,
 „Herr Lambertler“

Kleines Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
 in
Müllers
 Hermine Sterle,
 Landa, Siklar

Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr
„Trixie“
 Emma Hansen, Faust
 Müller, Adolf Matthei,
 Ferry Radt

Thalia-Theater
 Fredener Str. 72-77
Schneider Wibbels
 Auferstehung

Theater am Nollendorferplatz
 Täglich 8 1/2 Uhr
Schwarzwalddämäl!

Ukr. swsky-Bühnen
 E. K. Kosteretz,
 Täglich 8 1/2 Uhr
Der rote General

Komödienhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
Mein Vater hat recht gehabt

Wallner-Th.
 Wallner-Theater-Strasse
 Täglich 8 1/2 Uhr
Und die Liebe hört nimmer auf!

Schauspiel in 3 Akt
 nach dem gleichnamigen weltberühmten Roman.
 Freipreis nach Sonntag
 Parkett 4.-- nur

Rose-Theater
 Gr. Frankfurter Str. 137
 8 1/2 Uhr
Pech-Schulze

Trianon-Th.
 8 1/2 Uhr
Sybilie? . . .
 Ausgeschlossen!
 Originalinszenierung der Tri-tone
 Rundfunkhörer halbe Preise

Planetarium am Zoo
 Felles, Joachimsthaler Str. 137
 Noll. 137a
 16 Uhr
Der Sternhimmel im Herbst

18 Uhr
Erde und Weltraum.

20 Uhr
Der Einfluß d. Gestirne
 (Volks Glaube und Wissenschaft)

Berliner Theater
 Direkt. Heinz Herald
 Caarottenstraße 99
 Dönhof 170
 8 Uhr

Der lebende Leichnam
 Regie: Max Reinhardt
 Ende nach 10 1/2 Uhr

HALLER-REVUE!
„Schön und schlau“
 Täglich
 8 1/2 Uhr

Sonntag
 Vorstellungen
 3 Uhr u. 8 1/2 Uhr. Sub-
 mittags die neue Vor-
 stellung. Zu halben Preisen

Von der Reise zurück
Dr. N. Brann
 Spezialarzt für Beinleiden
 Berlin N., Friedrichstr. 108, 1.

WISSEN SIE SICH SCHON, DAß DIESER MANTEL

in reinwollener Qualität englischer Art, mit grossem Wallaby-Kragen, Satteliutter, in guter Verarbeitung

nur **59.-** kostet?

THE R MANN

Leipziger Strasse
 Alexanderplatz
 Frankfurter Allee
 Belle-Alliance-Str.
 Wilmersdorfer Str.
 Brunnenstrasse
 Kottbuser Damm
 Andrastrasse
 Chausseestrasse

Theater, Lichtspiele usw.

Donnstag, d. 27.9.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 A.-V. 93
 18 1/2 Uhr
Meistersinger

Donnstag, d. 27.9.
Städtische Oper
 Dismarckstr.
 Turnus I
 19 Uhr
Der Prophet

Donnstag, d. 27.9.
Staats-Oper
 Am P.L.S. Reub.
 R.-S. 14
 20 Uhr
Cardillac

Donnstag, d. 27.9.
Staat. Schauspielh.
 im Jendarmenmars
 A.-V. 160
 20 Uhr
Was jede Frau weiß

Donnstag, d. 27.9.
Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
 20 Uhr
Die Weber

SCALA
 8 Uhr B 5. Barbarossa 9256
 Raquel Meller, die Ouse d. Chansons:
 noni & Horace, mus. Unmöglichkeit;
 Italiyette m. s. Radlohud, Marrone
 & La Costa sow. Carliano. Galia, amer.
 Tanzpaare u. weis. auserl. Var. et d'atfr.

Großes Schauspielhaus
 8 Uhr **CASANOVA** 8 Uhr
 mit Michael Bohnen. Regie: Charcl

Komische Oper 8 1/2
Alle bisherigen
 Revuen werden übertroffen
 durch die neue gewaltige
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!!
 Die große Revue der
„Freien Liebe“
 Hunderte Mitwirkende!
 Parkett nur 4,50 Mk.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lothringer Straße 37.
 Nur noch bis 3. Oktober 1925:

Rundfunkjieber
 u. das erstklassige bunte Programm
 Donnerstag, 4. Okt., zum 1. Male:
Stöpsel.
 Für unsere Leser Gutscheine für 1-4 Pers.
 Parteien nur 1.15 Mk., Sessel 1.65 Mk.
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 Mk.

CIRCUS BUSCH
DER Circus der Berliner.
 Täglich 3 Uhr:
 Das große Progr. u. Sensations-Schauspiel
„Perlen gestohlen“
 Zum Schl. Feuerreden aus der
 Circusk. - F. amienck, Lindner.

Von der Reise zurück
Dr. N. Brann
 Spezialarzt für Beinleiden
 Berlin N., Friedrichstr. 108, 1.

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz
 8 Uhr:
Der lebende Leichnam

Theater am
 Schiffbauerdamm
 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
 8 Uhr
Schneider Wibbels
 Auferstehung

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
Die Weber

Th. am Schiffbauerdamm
 Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valetti,
 Ander, Gerron,
 Ponto, Kuhl, Lenja,
 Telefon: Berlin 1141 u. 1281

Deutsches Theater
 Norden 12 310
 8 U. Ende nach 10 1/2
 Zum 116. Male:
Artisten
 Regie Max Reinhardt

Die Komödie
 Bismarck 2414/7310
 6 1/2 Ende 11 1/2 Uhr
Eltern und Kinder
 Komödie
 von Bernard Shaw

Kammerspiele
 Norden 12 310
 8 1/2 U. Ende 10 Uhr
Oktoberfest
 Schauspiel von
 Georg Kaiser

Berliner Theater
 Direkt. Heinz Herald
 Caarottenstraße 99
 Dönhof 170
 8 Uhr

Der lebende Leichnam
 Regie: Max Reinhardt
 Ende nach 10 1/2 Uhr

HALLER-REVUE!
„Schön und schlau“
 Täglich
 8 1/2 Uhr

Sonntag
 Vorstellungen
 3 Uhr u. 8 1/2 Uhr. Sub-
 mittags die neue Vor-
 stellung. Zu halben Preisen

Von der Reise zurück
Dr. N. Brann
 Spezialarzt für Beinleiden
 Berlin N., Friedrichstr. 108, 1.

3. Deutsche Tier-Messe
 Berlin-Friedrichsfelde • Zucht- u. Nagerviehhof
 Stadtbahnlinie Kaisershof, Station Friedrichsfelde-Ost unmittelbar am BV.
vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. September

Günstige Einkaufsgelegenheit
 für Geschäfts- und Arbeitspferde • Wagen- u. Reit-
 pferde, Zuchtstange • Milchfühe, hochtragende Kühe,
 Färken, Zugschweine, Nagervieh • Schweine • Ge-
 flügel, Kaninchen, Laubendörfer • Fachgewerbliche
 Ausstellung: Maschinen, Geräte und Erzeugnisse.

Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Jugleistungswettbewerb
 Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr: Turnier (Reit- u. Fahrwettbewerb)
 Eintritt an allen Tagen 1.- Mark, Kinder 50 Pfennig

Reichshof-Theater
 Abends 8 Sonnt. nachm. 3
Stettiner Sänger
 Kadett. halbe Preise, volles Progr.
 Jeden Monat neues Programm.
 „Bühnen- und Variété, Tanz, Konzert.“
 Anfang 8 Uhr, 5. u. 8. Uhr

Renaissance-Theater
 8 1/2, Heute 8 1/2
Ton in des Töpfers Hand
 Tragödie einer Familie v. Theodore
 Dreiser. — Deutsch von Paul E. er.
 Regie: Gust. Hartung

Winter Garten
Auserwählte Internationale Variété-Kunstkräfte
 Tägl. 8 Uhr
 Sonnabend und Sonntag
 je 2 Vorstellungen
 8.30 und 8 Uhr
 3.30 kleine Preise
 Rauchen gestattet

Theater a. Kottbuser Tor
 Kottbuser Str. 6 Tel. Mos. 10077
 Täglich 8 Uhr, auch Sonntag;
 nachm. 2 Uhr (ermäß. Preise):
Elite-Sänger
 Der große Revue-Erfolg:
„Bei uns...“ Hiesiger
 Erfolg:
 Volksrevue: Mk. u. 50 b. 2.00, Loren 2.74

Rennen zu Grunewald
 Donnerstag, d. 27. Septbr.
 nachmittags 2 1/2 Uhr

Die geheimnisvolle Werbeschrift.

Eingehende Erörterungen im Prozeß Bergmann — Jacoby.

Der gestrige ganze Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Vernehmung Bergmanns über das geradezu geheimnisvolle Werbeschreiben der Münchener Filiale — geheimnisvoll, weil es niemand verfaßt haben will — in dem das Lombardhaus als staatlich konzessioniert und behördlich kontrolliert bezeichnet wird. Zu diesem Punkte meldete sich der Angeklagte Ohnstein, der damals Filialleiter in Breslau war und erklärte:

Ich hatte von Herrn Bergmann den Auftrag, ein neues Werbeschreiben auszuarbeiten.

Das verlesene Schreiben entspricht einem Entwurf von mir, nach den Angaben, die ich aus Berlin, insbesondere von Bergmann und Wustrow erhalten hatte. Den Entwurf hatte ich nach Berlin geschickt und war nachher selbst dort. Er wurde auch für richtig gefunden. Vorl.: Von wem? Ohnstein (ausweichend): Ich habe den Entwurf Wustrow übergeben. Lombard bekam das Schreiben, damit er auf dieser Basis in München werben sollte. Vorl.: Haben Sie auch mit Bergmann darüber gesprochen? Angekl. Ohnstein: Nach einigen Wochen. Da mußten einige Sätze auf Veranlassung von Staatsanwalt Dr. Jacoby, in dessen Gegenwart das Schreiben durchgesehen wurde, herausgelassen werden. Angekl. Dr. Jacoby: Ich habe mit dem Werbeschreiber nichts zu tun. R. A. Dr. Frey: Entgegen den Behauptungen von Bergmann und Staatsanwalt Dr. Jacoby ist das Werbeschreiben von drei bis vier Personen im Hause fabriziert worden. Auch Ohnstein hat hierüber nicht die Wahrheit gesagt. Ich bitte, Bergmann vorzuhalten, daß das Werbeschreiben nicht aus der Luft gefallen sein kann. Angekl. Bergmann: Es bestand immer ein Zirkular, aber es war noch nicht so ausgeklübelt. Die Werbeschreiber hatten für die Geldgeber wenig Gewicht und gingen zum größten Teil an beruhte Personen. Auch Staatsanwalt Dr. Jacoby sagte mir: Ueber die Zirkulare machen Sie sich keine Sorgen, die sind ja nur Reklame. Die ernsthaften Reklamentexte werden ja doch die Unterlage nachprüfen. Angekl. Dr. Jacoby: Ich bestreite entschieden, das gesagt zu haben. Dann hätte ich doch nicht im Oktober meine Entrüstung aussprechen können, als mir das Zirkular zu Gesicht kam. Ich habe doch gerade darauf bestanden, daß die bedeutenden Punkte beseitigt werden. Frau Wustrow: Die Werbeschreiber waren seit 1925 Schema und wurden mir diktiert. Vorl.: Herr Bergmann, wer hat bei der Abfassung geholfen? Angekl. Bergmann: Es ist möglich, daß Rechtsanwalt Jolienberg Rat erteilt hat, denn er war täglich im Geschäft. Es kann aber auch Rechtsanwalt Friedrich Weyer gewesen sein, der jeden Nachmittag ins Bureau kam und dem die gesamte Post vorgelegt wurde. Als sich dann Bergmann meiter darauf berief, daß sich

eine Reihe prominenter Persönlichkeiten aus Handel und Industrie durch Einlagen an seinem Geschäftsunternehmen beteiligt hätten.

erlaubte Rechtsanwalt Dr. Kees Bergmann, Namen zu nennen. Bergmann erklärte darauf, daß er nur wenige Namen im Kopfe habe. Unter den Geldgebern haben sich u. a. der Generaldirektor der Zuban-Zigarettenfabrik, der Generaldirektor, Kommerzienrat Nagel, der Generaldirektor der Horch-Werke, Emmerich Friedmann, Rittergutsbesitzer von Löwenfeld und der Inhaber einer anderen großen Zigarettenfabrik befunden. Oberstaatsanwalt Binder: Die Liste der Einleger liegt vor. Es ist aus den Namen aber nicht zu ersehen, um was für Persönlichkeiten es sich handelt. Bergmann mag die Namen nennen. R. A. Dr. Frey: Die Liste ist da; aber wer sind die Prominenten darunter? Oberstaatsanwalt Binder: Das weiß nur Herr Bergmann. Vorl.: Zunächst soll uns Dr. Jacoby einmal angeben, welche prominenten Persönlichkeiten aus Handel und Industrie, die sich beteiligt hatten, ihm namhaft gemacht worden sind. Angekl. Dr. Jacoby: Es wurde allgemein gesagt, daß sich prominente Persönlichkeiten der Wirtschaft beteiligt hätten.

Vorl.: Was verstehen Sie unter prominenten Persönlichkeiten? Angekl.: Generaldirektoren von Aktiengesellschaften, Banken und großindustriellen Unternehmungen. Vorl.: Hat Bergmann Ihnen gesagt, daß sich Kommerzienrat Nagel beteiligt habe? Angekl. Dr. Jacoby: Erst später. Vorl.: Sie können also prominente Geschäftsleute nicht nennen. Angekl. Dr. Jacoby: Ich bin doch nicht Herr Bergmann, der ein Lombardgeschäft hat. Vorl.: Ihre Anwälte haben aber gesagt, daß Sie an die Bonität glauben mußten, weil sich auch prominente Persönlichkeiten beteiligt hätten, da Sie keine Bedenken gehabt haben. Herr Bergmann, haben Sie Staatsanwalt Dr. Jacoby, als er mit Ihnen in Verbindung trat, gesagt: Bei mir arbeitet auch das Kapital prominenter Persönlichkeiten aus Handel und Industrie? Angekl. Bergmann: Darüber ist gar nicht gesprochen worden. (Große Bewegung.) Vorl.: Haben Sie ihm gesagt: Bei mir hat Zuban angelegt? Angekl. Bergmann: Der ist erst später hinzugekommen, als ich längst mit Dr. Jacoby in Verbindung stand. R. A. Dr. Paul Levi: Die Rennung der Persönlichkeiten ist auch im Interesse Bergmanns. Beim Lesen der Anlage hat man den Eindruck, daß das Unternehmen von Anfang an Schwindel war. Wenn sich aber so viele und nette Leute beteiligt haben sollten, dann ergibt sich, daß der Grundbau und die Methoden des Geschäfts kaum männlich waren. Vorl. (unterbrechend): Herr Rechtsanwalt, das ist Plaboyer und eine Einwirkung auf das Gericht vor Schluß der Beweisaufnahme. — Nach der Mittagspause stellte Rechtsanwalt Dr. Aron den

Antrag, eine Reihe prominenter Persönlichkeiten zu laden,

die mit Bergmann Geschäfte gemacht und Zinsen erhalten haben, teils auch Provisionen, und die über ihn glänzende Auskünfte erteilen. In der Zeugenliste befanden sich Graf Schwerin-Köinig, Rittergutsbesitzer Dr. Viktor Löwenfeld, Höfner, Major v. Hindenburg in München, die Inhaber des Bankhauses Bildemeister u. Co. in Berlin, Graf Arco in München, Pfarrer Hanff, Major Boten und Rechtsanwalt Dr. Friedrich Weyer. Angekl. Bergmann: Auch Graf v. Hendell, Danneberg hatte sich bereit erklärt, in Ausnahmefällen Referenzen zu erteilen. Gegenüber der Darstellung Bergmanns, daß das vielbesprochene Werbeschreiben vom September, in dem die nachgeliesenen unwahrscheinlichen Behauptungen enthalten sind, eigenmächtig von Wustrow verfaßt sei, behauptete letzterer, daß im Gegenteil Bergmann der Urheber sei. Bergmann habe sehr häufig die Filialen bereist und die Werbeschreiben besprochen. Alle Entwürfe wurden Bergmann vorgelegt. Angekl. Bergmann: Das ganze übrige Personal wird anders aussagen. Gelegentlich habe ich einmal einen Einblick genommen, aber dieses Werbeschreiben ist mir erst durch einen Kunden, den Pfarrer Hanff vorgelegt worden. Amtsgerichtsrat Wartenberger: In dem letzten Werbeschreiben vom Januar d. J. berufen Sie sich auf die Referenzen höchster Justizbeamter. Nennen Sie uns dies einmal. Angekl. Bergmann: Da war Geh. Rat Sennewald vom Reichspatentamt und Senatspräsident Wiebe beim Kammergericht. Schließlich hatten wir auch noch einen Amtmann im Reichsausgleichsamt und einen Geh. Oberregierungsrat Rudolph in Breslau. Ich will nur zeigen, daß ich mir diese Angaben nicht aus dem Kerne geschüttelt habe. Ich gebe zu, daß die Werbeschreiben reklamehaft gehalten waren und daß ich daran mitgearbeitet oder manches geduldet habe.

Im großen und ganzen entsprechen die Angaben über die prominenten Persönlichkeiten den Tatsachen,

wenn sie auch von uns reklamehaft aufgebauscht wurden. Fast alle Kunden, die Geld angelegt hatten, wollten bald Provisionen verdienen und brachten alle ihre Bekannten heron. Der Schlimmste aber von allen war Rechtsanwalt Dr. Friedrich Weyer. Vorl.: Die Anlage wirft Ihnen auch vor, daß Sie den Anschein

zu erwecken suchten, daß die Anlagen ganz sicher seien, weil Sie die Behauptung aufstellten, die Bücher würden behördlich kontrolliert. Angekl. Bergmann: Das stimmt doch auch. Die Pfandheftreihe prüfte sie wöchentlich zweimal nach gestohlenen Waren.

Stürmische Heiterkeit löste die Feststellung aus der Anlage aus: Wenn ein Kunde Bedenken hatte, lächelte Bergmann mitleidig und erklärte, daß bereits Hunderttausende mündellichere Gelder angelegt seien. R. A. Dr. Frey: Das ist beinahe richtig. Bergmann hätte nur statt „mündellichere“ „anderlicher“ sagen sollen. Graf Schwerin hat 400000 Mark, das Geld seiner Kinder, angelegt. Er brachte auch das Geld seiner Schwester, der Gräfin Verpouder, 100000 Mark, und ließ sich dafür auch für die Kindergelder Provisionen geben. Zuerst erhielt er fünf Prozent, später vier Prozent monatlich.

Graf Schwerin hat sein ganzes Geld als Zinsen herausbekommen und noch 100000 M. darüber.

Vorl.: Herr Bergmann, hatten Sie großen Waldbesitz und eine große Villa, wie den Kunden auch vorerzählt wurde? Angekl.: Ich hatte ein einfaches Landhaus mit vier Morgen Land bei Ransfeiner Mühle in der Nähe von Friedrichshagen. R. A. Dr. Feblowicz: Bergmann hat dieses Grundstück übrigens freiwillig in die Masse gegeben, obwohl die Ueberschreibung schon von 1925 datierte. Vorl.: Einer Witwe Wendeborn haben Sie „berühmten“ gesagt. Sie sind die letzte, die bei mir Geld verliert. Insofern war das richtig, denn es haben noch mehr Geld verloren. (An die allgemeine Heiterkeit muß auch Bergmann einstimmen.) Ebenso entstellte es allgemeine Heiterkeit im Saale, als dem Angeklagten die Auslage einer Kundin vorgehalten wurde. Danach hatte Bergmann sich als Auskunftsperson einen Staatsanwaltschaftsrat genannt. Die Zeugin hatte den Namen nicht mehr in Erinnerung, aber hinzugefügt, dieser Herr sollte in — Roabit wohnen. Weder Bergmann noch die anderen Angeklagten wolle denartige Auskünfte erteilen haben.

Die Verhandlung wurde dann auf Freitag früh vertagt. Donnerstag bleibt sittingsfrei.

Der große Kriegsanleihschwindel.

Auch für mehr als 100 Millionen Kommunalanleihen.

Die Kriegsanleihschwindel nehmen nicht nur täglich, sondern nahezu ständlich einen immer größeren Umfang an. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft erstrecken sich jetzt auch auf Beamte der Reichsbank, und die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich Angehörige oder Beamte dieses angelegenen Bankinstituts strafbare Handlungen zuschulden kommen ließen.

Die Untersuchungen des Landgerichtsrats Brühl führten jetzt schon zu dem niederdrückenden Ergebnis, daß der holländische Bankier Horn für mehr als 100 Millionen Mark Kommunalanleihen zur Annahme brachte und zum größten Teil dafür auch bereits die Ablösungsskude erhielt. Allein über zwei französische Gesellschaften hat dieser Holländer 46 Millionen Mark „Mitteilig“ angemeldet. Zahlreiche westdeutsche Städte werden davon aufs schwerste betroffen. Am Mittwoch ließ der Untersuchungsrichter den früheren stellvertretenden Direktor des Delphi-Palastes G. J. L. verhaften, als er sich gerade zu einer schmerzlichen Abreise aus Deutschland rüstete. Dazu fühlte er sich gedrängt, als die Zusammenhänge der Tätigkeit seines Chefs Joseph Schneid mit dem in Wien bereits verhafteten Schwindler Bela Groß aufgedeckt wurden.

Joseph Schneid selbst, der Generaldirektor des Delphi-Palastes, ist flüchtig. Dieser Mann hat im übrigen eine recht interessante Naturgeschichte hinter sich. Schneid kam im Infanteriejahre 1923 nach Berlin, wo er sich mit einem vormaligen Wiener Frauenarzt als Hypotheken- und Häusermakler etablierte. Schneid gab sich zunächst als ehemaliger Kavallerieoffizier aus, warnte sich aber später, als sein Weizen blühte, Architekt. In 1 1/2 Jahren hatte er so viel Geld „verdient“, daß er nicht nur mehrerer Häuserbesitzer in Berlin war, sondern sich auch in einem Badeort eine Villa kaufte.

Der Fall Larrier.

Von Tristan Bernard.
(Einzig berechnigte Uebersetzung von A. Coltin.)

Bald stand ich vor dem Bitter, das einem kleinen, weißen, viereckigen Häuschen gegenüberlag. In dem Vorgarten war ein Teich ohne Wasser und eine Glaskugel auf einem Dreifuß. Um diese Schönheitsfehler zu entschuldigen, muß ich erklären, daß Frau Chéron nicht in ihrem Haus wohnte, sondern bei ihren Schwiegereltern, und daß sie also keine Schuld an der Glaskugel hatte. Vor einigen Sträuchern stand eine Malalte aus schmutzigem Gips, in einem ewigen Lauf begriffen. Ich ging die Freitreppe hinauf und kam an eine Glasür, die mir die älteste Bedienungsfrau Frankreichs öffnete. Ihr von einer Haube eingerahmtes Gesicht zog sich zusehends immer mehr zusammen. Die Frau führte mich in einen dunklen Salon, wo alles, Klavier, Sessel und eine Uhr von Bezügen bedeckt waren. Es schien, als ob ein unsichtbares Bismuthütchen auf diesem Raum lag. Ich setzte mich auf ein Kanapee, unter dessen weißem Bezug sich keine Kampher- oder Naphthalinläden blähten. Im ganzen Zimmer war ich allein, von keiner schützenden Hülle bedeckt. Es schien mir, daß ich diese Stille profanierte, und da ich nun zwischen diese eingeschlafenen Dinge eingedrungen war, bestand kein Grund, weshalb ich nicht ebenfalls einschliefe. Nach und nach fühlte ich, wie ich mit diesem eingeschummerten Mobiliar verschmolz, und übertröpfelt fuhr ich auf, als die Tür knarrte und das Licht hell in diese Stätte des Schlummers hineinströmte.

„Ach! Sie sind ja hier vollständig im Dunkeln, Herr Ferrat. Ich begreife Em'rance nicht, daß sie Sie so sitzen läßt. Weshalb hat sie nicht die Fenster aufgemacht?“ Und ganz ohne Respekt für den Schlummer der Sessel schob Frau Chéron die Möbel beiseite, die ihr den Weg versperrten und ging ans Fenster. Mit einer kräftigen Bewegung triumphierte sie über den bösen Willen des Fensters und riß die widerpenstigen, knarrenden Saloufien hoch. Dam drehte sie sich um. Eine blonde, kleine und zarte Frau mit schönen, grauen, sanften Augen und blühenden Zähnen stand vor mir. Sie setzte sich mir gegenüber, auf ihrem Gesicht lag ein Ernst, der sie um so besser kleidete, als man wohl merkte, daß es nicht ihr gewohnter Ausdruck war. „Ist es nicht entzückend?“ rief sie. „Ich weiß gar nicht, was ich denken soll. . . Was ist eigentlich geschehen?“

Ich berichtete ihr von meinem Besuch in Loul und wie ich die Vorgänge, die sie jetzt in den Zeitungen las, erfahren hatte. Weitschweifig erzählte sie mir ihren ganzen Kummer, wie sie außer sich über das Benehmen ihrer Familie sei, die mit geheuchelter Teilnahme innerlich frohlockte. Dieselbe Schadenfreude, wie ich sie in der Kaserne gespürt hatte, umgab sie auch hier, und es war für uns ein großer Trost, beisammen zu sein und unsere freundschaftlichen Empfindungen für den armen Larrier auszutauschen.

Wir hatten denselben Gedanken gehabt: wohl war man gezwungen, sich den besaffenden Beweisen, die das Gericht gesammelt hatte, zu beugen, aber es war uns unmöglich, zu glauben, daß Larrier ein Verbrecher war.

Sie war nicht wie ich auf die Idee gekommen, daß ein Unfall vorliegen könne, sie war noch zu verwirrt, um die Sachlage klar zu übersehen. Als ich ihr meine Vermutung mitteilte, fiel ihr ein Stein vom Herzen. Auch sie wollte Larrier gern wiedersehen, mit ihm sprechen und sich von ihm erzählen lassen, wie sich alles abgepielt hatte. Was uns beunruhigte, war, daß er uns nicht geschrieben hatte, aber er wollte sich jedenfalls den Nachforschungen der Polizei entziehen, und es wäre gefährlich, uns zu benachrichtigen. Ich sagte zu Frau Chéron, daß ich mich auf die Suche nach meinem Kameraden begeben wollte und zu diesem Zwecke Verkauf erhalten hatte.

Sie dankte mir sehr herzlich, sie würde im Kreise ihrer Familie unerträgliche Tage verbringen. . . Sie beneidete mich, daß ich tätig sein durfte und hätte sich mir gern angeschlossen, aber wie sollte sie das machen?

„Könnten wir nicht,“ sagte ich, „irgendeine Reise zu einer von Ihren Freundinnen erfinden, und Sie treffen mich, damit wir uns zusammen auf die Suche begeben?“

Sie überlegte einige Augenblicke und schüttelte leicht den Kopf. . . Es war schwerlich möglich. . . Wohl hatte sie eine Freundin, die in Lille wohnte, und sie konnte vorgehen, diese einige Tage zu besuchen. . . Ich drang in sie, die Idee zur Ausführung zu bringen. War diese Freundin ihr wirklich ergeben, so konnte sie ihr alles ruhig erzählen. Diese Dame würde es gern übernehmen, alle Briefe, die sie ihr nach Lille schickte, an die Familie zu senden, und unterdessen konnten wir beide unsere Nachforschungen anstellen und die Spur des entflohenen Freundes suchen.

Ich hatte sofort bemerkt, daß Frau Chéron eine schüchtern und sehr fügsame Natur war.

Sie stand unter dem Einfluß ihrer Familie, aber wurde sie von anderer Seite beeinflusst, so ließ sie sich eben von

dieser anderen Seite leiten. Ich bin für mich selber nicht sehr energisch, aber ich setzte sie an, mit ihrer Familie zu sprechen. Sie wollte es erst abends tun, aber die Zeit drängte. Ich veranlaßte sie, sofort zu den Ihren zu gehen und zu sagen, weshalb ich gekommen sei. Sie brauchten nicht zu wissen, daß ich Larriers Freund war. Sie sollte erzählen, ich sei mit Frau Tubaud in Lille bekannt, die mich beauftragt hatte, ihrer Freundin eine Einladung zu übermitteln und sie zu bitten, unverzüglich zu ihr zu kommen.

Frau Tubaud hätte durch mich sagen lassen, daß sich eine Heirat für Frau Chéron böte und sie ihr so schnell wie möglich den Ehebanden vorstellen wollte. Wir mußten, daß dieser Grund stichhaltig sein würde, denn es lag der Familie sehr daran, daß sich Frau Chéron wieder verheiratete, und um so mehr, als dadurch das Gerücht einer bevorstehenden Verlobung mit dem unglücklichen Larrier erstickt würde.

„Reinen Sie nicht, daß es richtig wäre, wenn Sie mit uns Rittoa äßen?“ fragte sie.

Was für eine Unvorsichtigkeit! Man würde mich über Tubauds ausfragen. . . Ich käme in Gefahr, Dummheiten zu sagen. . . Es wäre ratfamer, daß ich sofort den Zug auf der nächsten Station nähme. Frau Chéron konnte den 3-Uhr-Zug benutzen, und wir würden uns unterwegs treffen.

5.
Ich mußte mich immer wieder daran erinnern, daß ich eigentlich eine sehr traurige Episode meines Lebens durchmachte, damit ich mich nicht sorglos fühlte, als ich auf der kleinen Station herbis Blanche Chéron erwartete. Sie hatte ihre Verwandten zwei Stunden nach meiner Abreise verlassen. Endlich fuhr der Zug ein, und ich sah ihren Strohhut, ihre blonden Haare, ihr hübsches Gesicht am Fenster auftauchen.

Ich stieg in ihr Abteil und drückte ihr die Hand. Es war, als ob wir uns schon lange kannten.

Während der Fahrt nach Loul plauderten wir über alles mögliche. Wir sprachen über den kleinen Ort, in dem sie wohnte, über ihre Witwenchaft, über ihr Leben als junges Mädchen. Zuerst hatten wir wegen des Kummers über den gemeinsamen Freund eine traurige Miene angenommen. Aber nach und nach schwand diese Melancholie dahin. Jedoch als wir in Loul einfuhren, wurden wir wieder sehr ernst. . . Dort hatte sich das Drama abgepielt, und wir mußten mit unseren Nachforschungen beginnen.

(Fortsetzung folgt.)

Der wilde Westen lebt noch.

Von Joseph Delmont.

Cowboys! Welch wundervoller Traum aller Jünglinge! Für mich, als ich im Jahre 1905 auf der Bison 101 Ranch die ersten Wildwestfilme stellen sollte, gab es aus diesem Traum ein etwas erlautes Erwachen.

Auf der Lastfarm in Texas machte ich die ersten Erfahrungen mit den Helden der Prärie. In dem Salon von Mike Primrose. Es war keinesfalls die typische, in allen Wildwestfilmen gezeigte Sault, Lanz- und Spielhölle. Kein Indianer, noch weniger Mexikaner mit Sombreros und losen Messer im Gürtel der materiellen Tracht, und auch keine in Chansonettenkostümen bedenden Anmierladies. Nichts dergleichen. Eine elende Bretterbude mit einem einzigen großen Raum, in dem sich die lange Bar und einige Tische, Stühle und Bänke befanden. An den Wänden, zwischen Whistyspafaten, die Warnungen der Mäßigkeitsapostel. Gelesen wurde aber unmöglich.

Seine reißerische Klasse diese Cowboys. Gedacht der Revolver sah stets lose im Gürtel. Nicht so sehr zur Lösung der lieben Wilmenfchen, dies kam zwar auch vor, aber um die Kunstfertigkeit im Handhaben dieser Handkanonen zu zeigen. Sie schießen nicht immer so gut wie im Film. Habe darin gleich am Tage meiner Ankunft die Erfahrung gemacht.

Jeder Reuling in guten Kleidern, mit Stehkragen und steifem Hut wird als Tenderfoot (Hosenfuß) bezeichnet, und man macht sehr rasch die Probe auf's Exempel, ob er sehr feige ist.

Kaum stand ich an der Bar, hatte meinen ersten Whisky, eben Kentucky Rye, hinter den Panamater Schlips gegossen, als hinter meinem Rücken eine Knaller löst. Erschrocken fuhr ich herum. Links und rechts von meinen 250 Pfund Douglas Stiefeln schlugen die Kugeln ein. Nahe an Zehen, Ballen und Ferse vorbei.

„Dance, dance step you son of a gun!“ O, ich wußte, was das zu bedeuten hatte. Direktor Merion in Chicago hatte mich in diese stehlichen Dinge eingeweiht, auch war ich schon vor Jahren — als es noch keinen Film gab — in South Dakota Zeuge einer ähnlichen Szene gewesen. Dort hatte man einem alten Rigger über mühselig, ihm einen Fuß zerhauen. Nie hätte ich geglaubt, daß ich ein solch fabelhafter Steplänger wäre, doch ich blieb nicht müde. Als die beiden Pfeilspitzen meinen Trettern immer näher kamen, mein Rücken gegen die hohe Bar gelehrt war, riß ich mit schnellem Kopf mein Schleifmesser aus der Hüfttasche und im Takt der aufschreienden Zuschauerhände, noch immer stappend, begann ich eine kleine Kanonade. Es fällt schwer in solcher Bewegung zu zielen und rasch wichen die knallenden Prüfer meiner Unerfahrenheit zurück, die Schießerei hatte ein Ende.

Ein guter Schütze, ein furchtloser Reiter imponiert diesen Burschen mehr als alles andere. Auch im Trinken stellte ich meinen Mann, wurde erst nach dem vierzehnten Whisky benebelt.

Der Watsch einer meiner Schube war abgeschossen, Blut rann aus der etwas stark getriebenen Ferse.

Cowboys! Bubenromantik, und wie grundverschieden ist die Wirklichkeit! Auch heute noch. Rohe Burschen sind es, dies bringt schon der Beruf mit sich.

Compounding, budding broncos, drisling calves, branding, breaking in, hullthrowing, alles Worte, deren Sinn ich erst verstehen lernte. Es ist selbstverständlich, daß nicht große Geister sich diesem rauhen und teilweise auch sehr rohen Beruf zuwenden. Bischof findet man gestrandete Christen darunter, von Edelmut, wie er in den Wildwestfilmen gezeigt wird, keine Spur. Halbwild wenden sich diese Burschen dem Beruf zu und verwildern dort ganz, armen vielfach aus. Keine Verbrecher, aber sehr oft zu Gewalttätigkeiten neigend.

Herden von Tausenden von Rindern sind auf den großen Farmen zu beaufsichtigen, und dies erfordert mit den Nebenarbeiten keine geringe Tüchtigkeit. Doch monatlich ist das Leben. Immer und immer wieder das gleiche. Auch bei den Pferdehüten.

Bravour ist Lebenszweck neben der Arbeit, Knallen des Revolvers die beliebteste Musik. Diese Waffe liegt lose im Gürtel, wird schnell herausgerissen, aber es endet nicht immer tragisch. Das beliebteste Spielzeug ist die Fangleine. Jeder Cowboy legt seinen Ehrgeiz darin, mit dem Lasso nicht nur Rinder und Pferde im rasenden Galopp einzufangen zu können, sondern sich in der Handhabung der Hantelstücke zum Virtuosen auszubilden. Jede freie Minute wird zur Veredlung der Kunststücke ausgenutzt und man muß immer staunen, welche wundervollen Tricks damit vollbracht werden.

Das Tagewerk des Cowboys bietet wenig Abwechslung. Immer gibt es neue Kühe zu branden, Herden verkaufter Rinder zur Station zu treiben, einzuwaggonieren. Ausreißer sind einzufangen, die Pferde- und Rinderherden in Ordnung zu halten. Durch Kanäle aus Zement, die mit Desinfektionsflüssigkeit gefüllt sind, werden ein- bis zweimal im Monat die Rinder getrieben, um sie von lästigen Ungeziefern zu befreien. Auch das Reiten der Kühe obliegt den Cowboys. Eine Beschäftigung, die sie alle hassen.

Das Branden der Tiere geschieht mit nicht nachahmenswerter Brutalität und könnte viel humaner gemacht werden. Aber das Herrlichste aller Cowboyvergnügen ist das Jureiten wilder Pferde. Budding broncos. Wie mancher hat schon sein Leben dabei gelassen, gebrochene Arme, Beine oder Rippen kann fast jeder aufweisen. Auch das „breaking in“ ist roher Sport, aber das wilde Pferd wird nicht lange gequält, bald weiß es, daß es einen Reiter gefunden und hier bewahrt sich das alte Sprichwort von dem Klügeren, der nachgibt.

Die Liebe spielt im Leben der Cowboys keine große Rolle. Heiratet aber einer dieser Kerle doch, dann ist es nicht immer sicher, daß der Brautigam nach dem Hochzeitsmahle noch lebend das Brautbett erreicht. Schon Wochen vorher wird Revision eingefordert, um am Trauungstag nur recht viel trunken zu können. Trifft das Brautpaar aus der Kirche oder aus dem Hause des Reverend, so glaubt man, die Hüte sei los, und ist die Braut gulen Ohren, dann kann der Ehegatte sicher damit rechnen, daß sie ein schwachhörig geworden ist. Der Rancher ist reich, der Cowboy ein armer Schlichter. Er wird nicht schlecht bezahlt, aber er vertut seinen Verdienst am ersten freien Tage in der nächsten Town. — Ist er alt, dann träumt er irgendwo auf einer Farm von vergangenen herrlichen Tagen, von Reiterkunststücken, in denen er Meister war, von fights, in denen er immer den Gegner 1. o. geschlagen, von der unendlichen Steppe, vom Blue-Gras-Country, Kentucky, von schönen Pferden, Kämpfen mit wilden Stieren, aber am wenigsten von Abenteuer mit dem schönen Geschlecht.

So ist es zum Teil noch heute in Staaten, deren ungeheure

Eine amerikanische Kulturerrungenschaft?

Der Einbruch des Kaugummis.

Das erste, was Völker bereitwillig voneinander übernehmen, sind ihre Unsitte. Aber sie geben ihre Väter keineswegs gratis ab. Geschäftstüchtig wie sie nun einmal sind, exportieren sie diese zweifelhaften Artikel genau so systematisch, wie sie Automobile, Registrierkassen, Multiplikationsmaschinen und Corned beef exportieren. Export und Import halten sich dabei die Waage. Auch sind die Absatzmärkte für Väter ebenso wichtig wie die für andere Handelsware. — Amerika hat uns unter anderem den Kaugummi beigesteuert.

Kaugummi ist eine Erfindung für Neroße; darum ist er auch in Amerika erfunden worden. Trotz ihrer vorgegebenen Jugend und Frische sind die Amerikaner das nervöseste Volk auf Erden. Gleichzeitig auch temperamentallos. Was wir als „amerikanisches Temperament“ bezeichnen, ist nichts Ursprüngliches, sondern das Ergebnis überreizter Nerven. Im Theater, im Kino, in der Music hall wird der Takt der Musik mit den Füßen mitgeteilt. Der Amerikaner kann nicht still sitzen, sondern muß ewig mit dem Stuhl wippen. Daher die Unzahl raffinierter Systeme von Schaukelsesseln, die in den Möbelgeschäften angeboten werden. Und was der Schaukelsessel für den amerikanischen Pops, das ist der Kaugummi für das amerikanische Geschlecht. Beide dienen dazu, die andauernde Spannung der Nerven abzureagieren, die den Amerikaner sonst noch schneller auf den Hund bringen würde, als sie es ohnehin tut. — Der Amerikaner ist ein armes Luder, das einem leid tun kann!

Warum aber hat sich auch Europa mit solcher Begeisterung auf den Kaugummi gestürzt? Gab es nichts Besseres von drüben zu importieren? Die Gummifabrikation ist doch so ziemlich das Unappetitlichste, was die amerikanische Spezialkultur hervorgebracht hat.

Man muß einmal drüber gewesen sein, um das Widerwärtige dieser Manie ermessen zu können. In Amerika laut ungefähr alles! Vom Morgen bis zum Abend befinden sich die Riesern in unaufhörlich mahrender und malender Bewegung. Eine Fahrt in der Straßenbahn kann jeden, der noch nicht daran gewöhnt ist, zur Verzweiflung treiben. Gegenüber eine Reihe starrer Gesichter, in denen nur die Kinobänder lebendig sind. Rechts und links das gleiche Schauspiel. Eine Versammlung jämmerlicher Wiederkäuer! Hin und wieder ein Schmähen und eine krampfartige Bewegung des Kopfes, wenn der angekommene Speichel hinuntergeschluckt wird. Den ausgelutschten Kaugummi spuckt man sich einfach vor die Füße. Daher tritt man überall auf die etelhaften, flebrigen Klumpen und schleppt sie an seinen Stiefelhöhlen mit sich. Beim Betreten einer Wohnung muß man sich erst die angepöppelten Kaugummis von den Schuhen trocken. Sie bleiben auf der Treppe liegen und warten, bis jemand sie wieder mitnimmt.

Das ist aber noch nicht alles. Der gummikauende Amerikaner hat die stehliche Angewohnheit, den noch nicht völlig ausgelutschten Gummi, wenn er den Mund zu etwas anderem gebraucht, in Griffnähe, aber diskret unauffällig an irgendein Möbelstück zu kleben. Mit Vorliebe unter die Stuhlspanne. Aber gerade diese Unauffälligkeit ist das Infame! Vielfach vergißt er nämlich, den „Chewing“ wieder fortzunehmen. Greift man nun im Restaurant so nun ungehörig unter seinen Tisch, etwa um ihn näher an den Tisch zu rücken, so hat man an beiden Händen die schneidende, manchmal noch leuchtende Masse kleben. Derselbe Unfug im Hotelzimmer. Dort wird der Kaugummi vor dem Einschlafen unter der Bettlante oder am Nachtschiff deponiert, damit man beim Erwachen sofort weiterkauen kann. Aber auch hier klebt er meistens kleben.

Weißflächen den immensen Tierherden unerhöplich Futter geben, aber viel von der Romantik ist zum Teufel gegangen.

Der Rancher kontrolliert mit dem Auto und die alten Cowboys krepieren unbeachtet in irgendeinem einsamen Hornwinkel.

Der sprechende Film.

Von Gunnar Loinoes.

Gunnar Loinoes schreibt dem „Reichsfilmblatt“: Ueberall gleichgültig, ob in Europa oder in Amerika, diskutiert man zurzeit — und nicht nur in Filmtreffen — lebhaft über den Tonfilm. Ein unerhöpliches Thema! Daß der sprechende Film eine Erfindung von großer Bedeutung ist, wird wohl kaum noch bestritten. Die Reden von berühmten Persönlichkeiten im Tonfilm festzuhalten ist von unschätzbarem Wert.

Mit dem Spielfilm ist es eine ganz andere Sache. Er ist ein Kunstgebiet für sich und hat seine eigenen Gesetze. Aus dem Kirchhof kann sich kein Apfel entwickeln. Film ist Film, kein Theater, keine Malerei. Der Film ist stumm und schwarz-weiß, ist Photographie. Er geht durch das Auge zum Herzen der Menschen. Wie es unnatürlich wäre, wenn die wirklichen Menschen, die sich auf der Bühne bewegen, stumm blieben, so wäre es gegen die Natur, wenn die Photographiemenschen des Films sprechen würden. Das Sprechen gehört zum Wesen der lebenden Menschen, zum Theater, das sich sprechen zum Wesen der photographierten Menschen, zum Film. Hier redet das Bild auf der Leinwand, durch das Auge zum Herzen — unmittelbar. Das Wort, als Begleitung zum Filmbild gesprochen, wird lebend wirken. Die Phantasie, die durch die geschauten photographischen Bilder auf das möglichste angeregt ist, fühlt sich durch die Wortbegleitung in ihrem Schaffen gehemmt, beschränkt, verzwängt. Ich gehe soweit, daß ich behaupte: Wie durch die Leinwand gemachten Geräusche, die den Gang der Filmbildung begleiten, wirken störend, wie etwa das Klacken des Roeres und des Plätscherns des Bogens, das Krachen eines Schusses und das Klirren eines Glases, Hindernisse sind. Nur wenn die Musik alles das dorrstelt, kommt es zu einer harmonischen Verschmelzung der Eindrücke, zu einem wirklichen künstlerischen Erleben. Die Musik ist die einzige Kunst, die wie ein Mantel jede andere Kunstform zu umhüllen vermag. Sie ist daher auch im Film nicht nur gestattet sondern sogar gefordert.

Jetzt sind natürlich viele vom Tonfilm begeistert. Das ist durchaus begreiflich. Man wird auch sicher eine Zeitlang mit höchstem Interesse dem gesprochenen Wort lauschen, weil es sich um eine wunderbare neue Erfindung handelt. Aber das Interesse, das dem Ton zusiegt, wird dem Bild geraubt. Das wird man bald fühlen und die Neuerung als etwas, was dem Spielfilm wesensfremd ist, erkennen. Ich glaube, daß die großartige Erfindung zwar auf diesen Gebieten nutzbar gemacht werden wird, aber nicht im Spielfilm.

Ueberall hatten die ausgelutschten, grauen Klumpen. Ich habe in amerikanischen Hotels und Restaurants häufig Plakate gesehen, auf denen die Bitte ausgesprochen wurde, den Kaugummi in die Spucknapfe zu tun und nicht an die Möbel zu kleben. In den öffentlichen Verkehrsmitteln ist es ausdrücklich verboten, Kaugummi auf den Fußboden zu spucken, da das glitschige Zeug schon zu vielen Leuten zu Arm- und Beinbrüchen verholten hat. Aber man kümmert sich nicht darum, sondern spuckt ruhig weiter. Ich habe sogar gesehen, daß Leute, die in Streit gerieten, sich ihre Kaugummis als wirksame Projektile ins Gesicht spuckten.

Der Mann, für den Amerika Gummi laut — und für den nun auch Europa zu lauen beginnt, heißt Brigley. Er hat den Kaugummi zwar nicht erfunden, sondern nur die gesamte Fabrikation in seiner Hand vereinigt. Wo noch vor 30 Jahren nur vereinzelte Leute lauten, um sich, sagen wir, das Rauchen abzugewöhnen, hat Brigley jetzt einen ganzen Kontinent mit seinem Kaugummi verkehrert und ist jetzt damit beschäftigt, auch Europa zu überleben.

Diesem Manne ist es gelungen, die ästhetische Kultur seines Volkes innerhalb weniger Jahre wesentlich herabzubringen. Er hat das amerikanische Geschlecht derhungt wie kein anderer. Daß er Millionen davon verdient hat, rechtfertigt ihn nicht. Sein Verdienst ist zudem von einer geradezu unerschämten Primitivität. Die bessere Sorte besteht aus einem Stückchen Kaugummi, das mit Pfefferminz, Zitronen, Vanille oder einer anderen Essenz getränkt ist; für „Kaugummi“ mit Pepsin. Herstellungswert: der Bruchteil eines Pfennigs. Verkaufswert: 4 Pfennig. Verdienst: 300 Proz. — Und Amerika allein lauten täglich diese Millionen Stückchen Brigley-Gummi!

Was Herr Brigley uns aber in Deutschland anheimelt, ist noch weit minderwertiger. Der für uns bestimmte Kaugummi wird nicht einmal mit einer Essenz getränkt, sondern ist nur der rohe Knetgummi, in eine fade, widerwärtig parfümierte Zuckermaße eingekapselt. Nach einer halben Minute Kauens ist der „köstliche Wohlgeschmack“ dahin, und nur der ekelhafte Gummiklumpen hängt zwischen den Zähnen und wird durchgefressen, bis er zu Brei geworden ist. Niemandem schmeckt das Zeug, niemand sieht irgendeinen Genuß oder eine Erfrischung beim Gummikauen. Aber gefaut wird dennoch, meist es so Mode ist. Und Mode ist es, weil Herr Brigley es so haben will. In jeder Selterbude stehen seine roigelben Kartons mit Kaugummi, und Plakate preisen seine „gesundheitfördernde Wirkung“ an. Anwesern die Gesundheit dadurch gefördert wird, daß man stundenlang an einem zähen Gummispitzen herum-lutscht, bleibt eine offene Frage. Was mögen die Gutachten seiner „medizinischen Autoritäten“ Herrn Brigley gekostet haben?

Das Rauchen ist sicher keine angenehme und empfehlenswerte Angewohnheit. Wer immer noch lieber eine graue Ginstunde zwischen den Zähnen als den flebrigen amerikanischen Gummikleber! Die stupide Gummikauerei hat weder Sinn noch Zweck — außer dem einen, Herrn Brigley, dem Befürderer der Zauberkunde Santa Catarina bei Los Angeles, zu weiteren ungezählten Millionen zu verhelfen. Ob das ein kulturfördernder Zweck ist, bleibt dahingestellt. Ich möchte nur einmal dabei sein, wenn Herr Brigley selbst im gehenken sich über die dummen Gummikauer lustig macht, die ihm so brav und unermüdlich die Dollars in den geräumigen Schoß spucken!

Peter Bolter.

Was ist wirksamer: Sonne oder künstliche Sonne?

Die künstliche Höhen Sonne hat sich in unserer Heilmittelwissenschaft einen immer wichtigeren Platz erobert, und seit der Bestrahlung zu einem so wichtigen Heilmittel bei vielen Krankheiten geworden ist, hat man die Frage aufgeworfen, ob die künstliche Sonne nicht mehr leistet als die natürliche. Die Verteidiger der künstlichen Lichtquellen führen an, daß ihre „Haussonne“ ihnen ebenjotig des Nachts wie des Tages leuchtet und sich nicht durch Nebel und Wolken verdunkeln läßt; zu jeder Stunde ist sie auf Befehl bereit, ihre Dienste zu spenden; sie wirkt gleichmäßig und unermüdet. Die Sonne aber ist nicht zu allen Tageszeiten gleich tätig, und schließlich hat man behauptet, daß durch die künstliche Sonne die Strahlen eines ausgedehnteren Teils des Spektrums aufgegeben werden als durch die natürliche Sonne.

Die Revue d'Actinologie veröffentlicht nun einen Bericht des Laufanner Professors Kosslet, der den Nutzen dieser beiden Heilmittel gegeneinander abwägt und schließlich unserer alten guten Sonne doch den Vorrang gibt. Die künstliche Sonne ist zwar sehr wertvoll und unentbehrlich, aber sie kann deshalb doch nicht die Heilkraft der Sonne ersetzen oder ihre Benutzung unnötig machen. In Kopenhagen hat man festgestellt, daß die Lupuskranken, die außer der künstlichen Bestrahlung auch noch ein Lichtbad erhalten, rascher geheilt werden. Die Erfolge sind dann auch besser. So betrug bei 2000 Lupusfällen, die nur mit künstlichem Licht behandelt worden waren, die Zahl der Heilungen 60 Proz., die der Bestrahlungen 35 Proz. und 5 Proz. der Fälle waren unheilbar. Wenn man aber zu gleicher Zeit Sonnenbäder gab, dann verbesserte sich die Statistik, und man hatte 80 Proz. Heilungen, 8 Proz. Besserungen und nur 3 Proz. Fehlschläge. Mit Hilfe der Sonne wurden zu Lenz 78 Proz. Heilungen und mit der Bogenlampe in Kopenhagen nur 76,5 Proz. Heilungen erzielt. Die Behandlung mit Sonnenstrahlen bietet auch noch einen anderen bedeutenden Vorteil. Beim Sonnenbad wirkt nämlich zugleich die Luft mit, deren Heilwirkung im Gebirge und am Meer beträchtlich ist. Kosslet kommt also zu dem Ergebnis, daß die künstlichen Lichtquellen, besonders die Bogenlampe, sehr wertvoll sind, und daß man sich ihrer bedienen muß, wenn man nichts anderes haben kann; aber die natürliche Lichtquelle, die Sonne, wirkt doch besser und muß vorgezogen werden, wenn man die Wahl hat.

Ein Goldfund aus der Völkerwanderungszeit. Das Stockholmer historische Museum ist durch einen interessanten Goldfund bereichert worden. Es handelt sich um zwei sogenannte „Zahlungspfeile“, die von einem Bauern beim Pflügen im Weidland entdeckt wurden. Diese Spiralen dienten zur Einführung der Goldmünzen als Zahlungsmittel. Die aufgefundenen Stücke gehören der Völkerwanderungszeit an; das eine wiegt 1702 und das andere 1622 Gramm; sie stellen einen Goldwert von 1000 schwedischen Kronen dar.

Stoff bisher 15 Ueberstunden dürfen nur noch höchstens 10 im Monat gefordert werden.

Zahlenmäßig wird dieser Manteltarif, der vom 1. Oktober dieses Jahres bis zum 31. März 1930 laufen soll, durch die Gehaltsverhandlungen zum 1. April ergänzt werden.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der AFD-Funktionäre, die zu gestern abend nach dem Nordischen Hof einberufen war, berichtete Genosse Günther vom Status über die Tarifverhandlungen und den Schiedsspruch.

Eine schwere Niederlage der KPD.

Die Wahl der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Wie bereits berichtet, wurden bei der Delegiertenwahl am Sonntag im Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter die von den Funktionären nominierten Kandidaten in den Sektionen der Getränke- und Mühlenarbeiter, der Bäcker und Konditoren und der Böttcher mit erdrückender Mehrheit gewählt.

Wenden die Kommunisten nur eine Minderheit. Ingesamt haben unsere Genossen gegenüber den Rosowitern in der Generalversammlung der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter die übergroße Mehrheit.

Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten in zwei von den vier Ortsvereinigungen, die nunmehr zu einer Einheitsorganisation verschmolzen sind, die Mehrheit hatten, nämlich bei den Böttchern und den Fleischern.

Klosterarbeiter!

Donnerstag, 27. September, 17 Uhr, im Reichsbanner Hof, Reichsberger Straße 145-147, Versammlung aller Betriebsräte der Klosterindustrie.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute 19 1/2 Uhr, im Reichsbanner Hof, Reichsberger Straße 145-147, Versammlung aller Betriebsräte der Klosterindustrie.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute 19 folgende Veranstaltung: Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Zählraumzimmer), Freizeitabend.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat der KPD, Berlin SW 68, Bismarckstr. 2, zu richten.

3. Kreis Wilmersdorf: Beamtensammlung am Freitag, 28. September, 20 Uhr, bei Rauen (Fischer Hof), Wilmersdorfer Str. 55.

Heute, Donnerstag, den 27. September. 14. Abt. Reichsbanner. Um 16 Uhr im Total Schulthei, Bismarckstr. 29, Versammlung. Vortrag: "Politische Tagesfragen". Referent: Paul Judson.

Morgen, Freitag, den 28. September. 5. Abt. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Beamtensammlung am Freitag, 28. September, 19 1/2 Uhr, im Reichsbanner Hof, Wilmersdorfer Str. 55.

7. Kreis Charlottenburg. Heute, Donnerstag, 27. September, 20 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorf, 4. Bismarckstr. 29, Vortrag: "Politische Tagesfragen". Referent: Paul Judson.

13. Kreis Tempelhof. Freitag, 28. September, 19 1/2 Uhr, im Reichsbanner Hof, Wilmersdorfer Str. 55, Arbeiterwohlfahrtsversammlung. Vortrag: "Arbeiterwohlfahrt". Referent: Genosse Hoffmann.

Gruppe Wilmersdorf: Freitag, 28. September, 19 1/2 Uhr, im Reichsbanner Hof, Wilmersdorfer Str. 55, Vortrag: "Politische Tagesfragen". Referent: Paul Judson.

Jungsozialistische Spielgemeinschaft. 27. September, 20 Uhr, im Reichsbanner Hof, Wilmersdorfer Str. 55, Vortrag: "Politische Tagesfragen". Referent: Paul Judson.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Tempelhof: Freitag, 28. September, 20 Uhr, Beisitzung bei Althaus, Kaiserstr. 102.



Erhalten Sie Ihre Wollsachen warm und mollig, die zarten Fädchen bleiben weich und locker mit



Advertisement for Bekleidungs-Gesellschaft für deutsche Beamte A.-G. featuring a table of clothing items and prices.

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband regarding administrative members and a meeting.

Advertisement for 'Zu noch nie dagewesenen Preisen' for stores, gardens, and bed covers.

Advertisement for 'Ueber 150 Standuhren' by Karl Wutke, including watches and pocket watches.

Advertisement for 'Bekleidungsstücke - Wasche usw.' for clothing and laundry.

Advertisement for 'Fahrräder' (bicycles) and 'Nähmaschinen' (sewing machines).

Advertisement for 'Werkzeuge u. Maschinen' (tools and machines).

Advertisement for 'Verschiedenes' (various goods) and 'Vergnügungen' (recreation).

Advertisement for 'Vermietungen' (rentals) and 'Arbeitsmarkt' (labor market).

Wir gratulieren den glücklichen Gewinnern und bitten Sie, gegen Abgabe des Gewinnloses den Preis in unserm Zweighaus, Am Spittelmarkt 1-2, abzufordern.

Advertisement for Friedrich Koch, a tobacco dealer, mentioning his death and the company's products.

Advertisement for Krause-Pianos zur Miete (Krause pianos for rent).

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband (German Metalworkers' Union) with contact information.

Advertisement for Möbel (furniture) including beds, desks, and other items.

Advertisement for Kleiner Anzeigen (small ads) and Unterrichts (education) services.

Advertisement for Kaufgesuche (purchase requests) for various goods.

Advertisement for Matrizenschlosser (locksmiths) and other services.

Advertisement for Matrizenschlosser (locksmiths) and other services.

Advertisement for Meister (master craftsman) services and other trades.